

tarantel Nr. 36

Vierteljahresschrift der Ökologischen Plattform
bei der Linkspartei.PDS I/März 2007



Nanotechnologie

„Clean Coal“ –
Kohlekraftwerke ohne
Klimafrevel?

Anträge der Ökologischen Plattform
an die Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG

Inhaltsverzeichnis

Schöpfer der Naturschutz-Eule Kurt Kretschmann gestorben	1
Sitzung des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS am 10.02.2007	1
Anträge der Ökologischen Plattform an die Parteitage der Linkspartei.PDS und der WASG	2
Brief an den WASG-Vorstand <i>Marko Ferst</i>	4
Rede auf der Energiekonferenz in Seelow (23. September 2006) <i>Dagmar Enkelmann</i>	5
Ökologischer Workshop des Landesverbands Brandenburg (23./24. September 2006) Zempow	9
Zempower Aufruf	9
Braunkohleplan Cottbus Nord nicht legitim	10
Versteckte Subventionen beim Grundwasserverbrauch von Großverbrauchern abschaffen	11
Ökologische Sozialisten - das zweite Jahr. Jahresrückblick 2006 der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim <i>Christian Rehmer</i>	11
Landwirtschaft und Tierschutz	12
Die Arche Noah Bundestag – was Tierschutz in Deutschland bedeutet <i>Eva Bulling-Schröter</i>	12
Agrarzuschüsse für Biobauern wurden gekürzt <i>Junge Welt. Gespräch mit Eva Bulling-Schröter</i>	15
Nachhaltige Ressourcennutzung durch Agroforstwirtschaft <i>Kirsten Tackmann</i>	16
Biodiesel	17
Trügerisches Grün <i>Rettet den Regenwald e. V.</i>	17
Prima Klima mit Biokraftstoffen? <i>Rettet den Regenwald e. V. Fragen an Axel Friedrich</i>	20
Nanotechnologie <i>Götz Brandt</i>	21
Deutschland muss sich auf den Klimawandel einstellen <i>Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Gemeinsame Presseerklärung mit dem Umweltbundesamt</i>	24
Energiepolitik	25
„Clean Coal“ – Kohlekraftwerke ohne Klimafrevel? <i>Uwe Witt</i>	25
Schwedischer Atomkonzern übernimmt deutsches Umweltministerium <i>Presseerklärung der WASG Nordrhein-Westfalen</i>	27
WASG gegen Urananreicherung <i>Presseerklärung der WASG Nordrhein-Westfalen</i>	28
Grüne fordern die Einführung eines Wärmegesetzes	28
Ökobilanz von Schwarz-Rot fällt sehr dürrtig aus <i>Deutscher Naturschutzring</i>	29
Leserbrief zum Beitrag: „Demokratischer Sozialismus gehört ins Programm“ (Tarantel 35) <i>Saral Sarkar</i>	29

Bücherecke	31
Bahro ein Mystiker <i>Andrej Bahro</i>	31
Franz Alt: Rigoros ökologisch Umsteuern für den Klimaschutz <i>Marko Ferst</i>	34
Von der Tragödie am Aralsee <i>Marko Ferst</i>	35
Weitere Buchempfehlungen <i>Zusammenstellung von Marko Ferst</i>	36
Termine	37

Editorial

Liebe LeserInnen,
der Zusammenschluss zwischen Linkspartei.PDS und WASG rückt näher. Das wird auch im Inhaltsverzeichnis sichtbar. Einige Anträge an die bevorstehenden Parteitage der beiden Parteien sind dokumentiert, insbesondere zur Satzung. Und auch der Leserbrief von Saral Sarkar beschäftigt sich ausführlich mit dem Streitpunkt „demokratischer Sozialismus“, der im ersten Entwurf der Eckpunkte ja nicht als gemeinsames strategisches Ziel auftauchte. Dies sieht in der zweiten Fassung vom Dezember 2006 schon anders aus. Nichtsdestotrotz sind die Erörterungen von Saral Sarkar zu diesem Thema bedenkenswert.

Am Anfang dieser Tarantel steht eine kurze Würdigung des verstorbenen Kurt Kretschmann. Gäbe es mehr Menschen seiner Art, so wären wir im ökologischen Verständnis in der Linkspartei.PDS weiter und müssten nicht so oft schon bei ökologischen Selbstverständlichkeiten in die Diskussion der Partei eingreifen. Allerdings kann man – auch durch unser Zutun - gewisse Fortschritte bei der Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse in wichtigen Parteidokumenten durchaus attestieren.

Den LeserInnen empfehlen wir den Artikel zur Nanotechnologie, einer zukünftigen Schlüsseltechnologie, die aber andererseits – ähnlich wie die Gentechnik – das Potential großer Gefährdungen aufweist, für die die Bevölkerung sensibilisiert werden muss.

Detlef Franek

Abb. Titelseite:

Zum Gedenken an Kurt Kretschmann: Die berühmte Naturschutz-Eule, die in der DDR als Naturschutzsymbol Tausende Naturdenkmale, Natur und Landschaftsschutzgebiete kennzeichnete - die sogar die Wende überlebt hat und in der BRD übernommen wurde.

Redaktion und Layout:

Marko Ferst, Detlef Franek, Michael Hesz

Schöpfer der Naturschutz-Eule Kurt Kretschmann gestorben

Linkspartei wird den Vordenker für den Naturschutz in der DDR in Erinnerung behalten

Kurt Kretschmann ist tot; wir trauern um das Mitglied unserer Partei und Ehrenmitglied der AG Umwelt beim Landesvorstand der Linkspartei.PDS Brandenburg. Er war überzeugter Pazifist und Sozialist. Aufgewachsen im Hinterhofmilieu des Berliner Prenzlauer Bergs, zog es ihn von Kindesbeinen an in die freie Natur. Nach 1933 weigerte sich der Schneider und Pazifist Kurt Kretschmann, Uniformen zu produzieren. 1944 wurde er zum Tode verurteilt. Eine Verwundung verhinderte die Vollstreckung des Urteils, und während eines Heimaturlaubs desertierte er 1945.

Sein Leben war erfüllt von der Liebe zur Natur und den Menschen. Gemeinsam mit seiner Frau Erna begründete er den Naturschutz in der DDR. Jedermann kennt das von ihm erfundene Symbol des Naturschutzes, die Eule auf gelbem Grund, das heute deutschlandweit gilt. Er gründete die Landeslehrstätte für Naturschutz, den Müritzhof. Sein von ihm und seiner Frau erbautes Blockhaus auf den Oderhängen in Bad Freienwalde war nicht nur Heimstätte für seine Familie, sondern dort war auch sein Arbeitsplatz, wo unzählige Schriften für die Verbreitung der Naturschutzgedanken und gegen den Krieg entstanden. Bis zu seinem Tod, als ihm schon die Augen den Dienst

versagten, war er so unermüdlich tätig. Gleichermaßen aktiv war er bei der praktischen Naturschutzarbeit. Erinnert sei hier beispielsweise an sein Bemühen um den Weißstorchschutz. Gemeinsam mit seiner am 6. Januar 2001 verstorbenen Ehefrau Erna Kretschmann wurde er 1999 Ehrenbürger der Stadt Bad Freienwalde, und beide erhielten 1993 den Europäischen Umweltpreis. Kretschmann war seit 1991 Ehrenpräsident des Naturschutzbundes Deutschland.

Mit den Mitgliedern unserer Partei schuf er in den Jahren 1992–1994 den Dr.-Max-Kienitz-Lehrpfad am Haus der Naturpflege in Bad Freienwalde. Seine bescheidene, naturverbundene Lebensweise und sein beharrliches Eintreten für die humanistischen Ideen des Friedens und des Schutzes der Natur sind uns Vorbild. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Verwiesen sei auf sein 2003 erschienenes Buch, das er zusammen mit Rudolf Behm schrieb: „Mulch total“. Schon 1993 erschien „Lüge und Wahrheit – Kriegserlebnisse eines deutschen Soldaten“. Mehr erfahren kann man über das Lebenswerk der Kretschmanns auch in dem Band von Marion Schulz: „Ein Leben in Harmonie. Kurt und Erna Kretschmann – für den Schutz und die Bewahrung der Natur.“

(Quellen: Annemarie Kersten, Marko Ferst)

Sitzung des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS am 10.02.2007

Helga Klawikowski

Folgende wesentliche Festlegungen wurden getroffen:

- Antrag der ÖPF an den Bundesvorstand, die jährlich stattfindenden ökologischen Konferenzen in enger Zusammenarbeit mit der BAG abwechselnd in den Bundesländern durchzuführen,
- aktive Beteiligung der Plattform an der Vorbereitung und Durchführung der Ökologiekonferenz des Bundesvorstands zum Thema „Energie und Arbeit“ in Hamburg,
- Verabschiedung von Anträgen an die Parteitage der Linkspartei.PDS und der WASG im März (siehe unten),
- Bestätigung des Arbeitsplans für 2007:
 - Sitzungen des Koordinierungsrats: 21.04., 29.06., 22.09., 15.12.,
 - Bundestreffen in Uder (Eichsfeld): 30.06-01.07.,
 - Festlegung Schwerpunkte für Tagesordnung für Bundestreffen,
 - Bestätigung Stellungnahme der ÖPF zur Steinkohlepolitik der Linken,
 - Weitere Festlegungen:
 - Teilnahme an der Ökologiekonferenz der AG Umwelt Brandenburg am 29.09.2007,
 - intensivere Kontaktaufnahme mit Umweltgruppen der WASG,
 - Michael Hesj (Linkspartei.PDS) und Ralf Henrichs (WASG) werden bis zu den nächsten Wahlen als Gäste im Sprecherrat und Koordinierungsrat mitwirken

Anträge der Ökologischen Plattform an die Parteitage der Linkspartei.PDS und WASG

Die nachfolgenden Anträge wurden auf der Sitzung des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS am 10. Februar 2007 in Berlin diskutiert und verabschiedet. Diesmal wurde das Augenmerk insbesondere auf die Satzung gelegt, zu der fünf Anträge beschlossen wurden, da diese nach der Vereinigung der beiden Parteien direkt wirksam wird. Die Eckpunkte dagegen

stellen ja nur eine vorläufige Basis für die Politik dar. Deshalb wurde zur geänderten Fassung vom Dezember 2006 nur noch ein Antrag eingebracht. Hier wird die Ökologische Plattform dann bei der Erarbeitung des zukünftigen Parteiprogramms versuchen, die ökologischen Erfordernisse besser in den Gesamtkontext des Programms zu setzen.

Die Redaktion.

Antrag Nr. 1 an die Tagungen des Parteitags der Linkspartei.PDS und der WASG

Ökologische Plattform bei der Linken

Änderungsantrag zur Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Der Punkt „c)“ im § 22 wird ersatzlos gestrichen. Der vorherige Punkt d) würde damit zum neuen Punkt „c)“. Alle anderen blieben unverändert.

Begründung:

Der Bundesausschuss (früher Parteirat in der PDS) soll Kontroll- und Initiativfunktion gegen-

über dem Parteivorstand haben. Wenn aber 12 Mitglieder des Parteivorstandes mit beschließender Stimme dem Bundesausschuss angehören sollen, dann kann dieses Organ der Partei diese Funktion nicht mehr ausüben. Der Parteivorstand kontrolliert sich auf einmal selbst bzw. der Bundesausschuss wird durch den Parteivorstand kontrolliert. Dies bedeutet eine Umkehrung der Funktion und eine Infragestellung mit dem 1989 vollzogenen Bruch in den Parteistrukturen der damaligen SED-PDS.

Antrag Nr. 2 an die Tagungen des Parteitags der Linkspartei.PDS und der WASG

Ökologische Plattform bei der Linken

Änderungsantrag zur Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Änderung im § 19 (1):

„Alle Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes werden durch den Parteitag in dieser Funktion gewählt. Ihre hauptamtliche Arbeitsfähigkeit in der Geschäftsstelle ist sicher zu stellen.“

Begründung:

Dass der Parteivorstand selbst sich den geschäftsführenden und damit hauptamtlichen Vorstand über die Positionen a bis d hinaus aussucht, ist unter demokratischen Gesichtspunkten nicht hinnehmbar. Diese Zone, die Willkürentscheidungen Vorschub leistet, sollte durch eindeutige Regelungen zu Gunsten demokratischer Entscheidungsfindung korrigiert werden.

Antrag Nr. 3 an die Tagungen des Parteitags der Linkspartei.PDS und der WASG

Ökologische Plattform bei der Linken

Änderungsantrag zur Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Änderung im § 17 (5):

„Dringlichkeits- und Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 30 beschließenden Delegierten auch unmittelbar auf dem Parteitag eingebracht werden.“

Begründung:

Der Zweck von Parteitagen ist nicht, dass Delegierte ihre Zeit beim Unterschriftensammeln

verbringen. Wenn 30 Unterschriften von Delegierten vorliegen, darf davon ausgegangen werden, dass das Anliegen als ernsthaft einzustufen ist. Zudem kam es oft genug bei PDS-Parteitag vor, dass reguläre Anträge erneut durch Initiativanträge eingebracht werden mussten. Das schafften dann nur fundierte Anträge.

Antrag Nr. 4 an die Tagungen des Parteitags der Linkspartei.PDS und der WASG

Ökologische Plattform bei der Linken

Änderungsantrag zur Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Änderung im § 17 (5)

Der Paragraph § 16 (8) wird wie folgt verändert:

„Die Delegierten aus den bundesweiten Zusammenschlüssen werden durch bundesweite Mitglieder oder Delegiertenversammlungen und ergänzend durch Briefwahl gewählt. Dabei erhalten bundesweite Zusammenschlüsse, wenn Ihnen

mindestens 750 Mitglieder angehören:

6 Delegiertenmandate,

mindestens 650 Mitglieder angehören:

5 Delegiertenmandate,

mindestens 500 Mitglieder angehören:

4 Delegiertenmandate,

mindestens 400 Mitglieder angehören:

3 Delegiertenmandate,

mindestens 250 Mitglieder angehören:

2 Delegiertenmandate,

unter 250 Mitglieder angehören:

1 Delegiertenmandat

mit beschließender Stimme. Die Anzahl dieser Mandate bundesweiter Zusammenschlüsse darf die Zahl fünfzig nicht überschreiten. Andernfalls kann der Parteivorstand und Bundes-

ausschuss gemeinsam den Schlüssel für diese Mandate proportional anpassen im Einvernehmen mit den Zusammenschlüssen.“

Damit entfällt der Punkt (9) von § 22 und die nachfolgenden rücken auf.

Begründung:

Würde die im neuen Statut geltende Regelung greifen, erhielten die Zusammenschlüsse nur noch ca. 6–10 reguläre Mandate, wenn überhaupt. Die meisten Arbeitsgemeinschaften blieben ohne beschlussfähiges Mandat. Damit würde die Arbeit der Zusammenschlüsse völlig marginalisiert, obwohl sie nach den SED-Erfahrungen vor 1989 eigentlich als demokratisches Korrektiv gedacht waren. Unsere Mitstreiter in der WASG sollten prüfen, ob es nicht intelligent sein kann, Alternativen zu einer Organisation im Kreisverband zu haben. Zudem leisten etliche AGs erhebliche Zuarbeiten für konkrete Politikgebiete. Fraglich ist auch die Klassifizierung, wie viel Mitglieder einem Zusammenschluss angehören. Wir haben diese Herangehensweise hier belassen, wohl wissend, dass es schwierig ist, eine unanfechtbare Methode zu finden. Überdies ist zu berücksichtigen, dass in den Zusammenschlüssen auch zahlreiche Sympathisanten mitwirken. Die vorliegende Fassung passt den Punkt den tatsächlichen Realitäten an.

Antrag Nr. 5 an die Tagungen des Parteitags der Linkspartei.PDS und der WASG

Ökologische Plattform bei der Linken

Änderungsantrag zur Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Änderung im § 17

Im § 16 (Zusammensetzung und Wahl des Parteitags) wird zwischen (9) und (10) ergänzt:

(9a) Die Delegierten mit beschließender Stimme müssen bei allen Wahlen für den Parteitag mindestens 50 % einfache Mitglieder sein, die keine Funktionen in Vorständen oberhalb der untersten Ebene (Basisgruppen) ausüben, keine Mandate einer Verwaltungsebene innehaben, keinerlei exponierte Funktionen in exekutiven Organen (z. B. Minister, Staatssekretäre,

Bürgermeister, Senatoren, Stadträte) ausüben und auch in keinem Beschäftigungsverhältnis zur Partei stehen.

Begründung:

Nur mit einer solchen Festlegung würde ein Parteitag als höchstes Organ die reale Zusammensetzung der Mitgliedschaft annähernd

widerspiegeln können. Diese Festlegung wäre eine logische Fortsetzung einer Quote, wie sie bereits bzgl. der Partizipation der Frauen durchgesetzt wird. Es steht andererseits auch jedem Mitglied frei, als Gast an einem Parteitag teilzunehmen und dort ggf. mit Redebeiträgen aufzutreten.

Antrag Nr. 6 an die Tagungen des Parteitags der Linkspartei.PDS und der WASG

Ökologische Plattform bei der Linken

Änderungsantrag zu den Programatischen Eckpunkten der Partei DIE LINKE

Im Abschnitt III (Unsere Alternative: Soziale, demokratische und friedensstiftende Reformen zur Überwindung des Kapitalismus) ist im Kapitel 2 (Wirtschaft und Umwelt: Nachhaltig dem Gemeinwohl verpflichtet) auf der Seite 5 rechts der Absatz soziale und ökologische Verkehrspolitik am Ende um einen Satz zu erweitern.

Auf den Satz: „Güterverkehr gehört auf die Schiene.“ folgt:

Flugbenzin ist zu besteuern.

Begründung:

Der Flugverkehr ist ökologisch besonders schädlich und weist trotzdem gegenwärtig höchste Zuwachsraten auf. Zumindest die Bevorzugung vor anderen Verkehrsarten ist deshalb zu beseitigen.

Brief an den WASG-Vorstand

Der nachfolgende Brief wurde von Marko Ferst im Zusammenhang mit dem o. g. Antrag Nr. 4 (Anzahl der Mandate für bundesweite Zusammenschlüsse, d. h. Arbeits- und Interessengemeinschaften) als offener Brief an den WASG-Vorstand gerichtet.

meinschaften) als offener Brief an den WASG-Vorstand gerichtet.

Die Redaktion

Marko Ferst

Liebe Mitglieder des WASG-Vorstandes,

so alles nach Plan läuft, werden wir bald Mitglieder in einer Partei sein. Als Ökologische Plattform bei der Linkspartei haben wir uns aktiv bemüht als ehrenamtlich Tätige, die Vereinigung beider Parteien solidarisch zu unterstützen. So luden wir Ende 2005 WASG-Vorstandsmitglied Thies Gleis zu unserer jährlichen thematischen Konferenz ein. Immer wieder bekommen wir auch Kontakte zu einzelnen ökologisch interessierten Mitgliedern der WASG. Leider gibt es keine eigenen Strukturen von ökologischen Mitstreitern in der WASG. Gerne sind wir aber bereit, mit den einzelnen Aktiven zu kooperieren, soweit dies im Rahmen ehrenamtlicher Arbeit möglich ist. Durch die Zeitschrift „Tarantel“, unsere Internetseite und andere Arbeitsmittel haben wir die Möglichkeit, Aktive in ihrer Arbeit zu fördern bzw. Themen aufzugreifen etc. Wünschens-

wert wäre insbesondere, wenn von Seiten der WASG unterstützt werden könnte, dass ökologisch Interessierte Mitglieder den Kontakt zu uns finden.

Im Kontext der Arbeitsgemeinschaften, Zusammenschlüsse usw. möchten wir darauf verweisen, diese sind auch entstanden aus der Erfahrung heraus, dass in der einstigen SED Meinungspluralität unterdrückt wurde und so Räume eröffnet werden sollten, die auch mit statutarischen Rechten untersetzt wurden. Für den ökologischen Bereich kann man zudem feststellen, dass die Rolle umweltpolitischer Aspekte und klimapolitischer Vorsorge deutlich geringer ausfallen würde, wenn es uns nicht seit 1994 in der PDS gegeben hätte. Wissen muss man außerdem, dass schon vor 2–3 Jahren von interessierter Seite in der PDS versucht wurde, die Rechte der Zusammenschlüsse zu reduzieren, was erfolgreich abgewehrt wurde. Überdies erhalten durch die Zusammenschlüsse viele Sympathisanten Zugang zur Partei, zumindest bei uns ist dies

sehr deutlich sichtbar.

Ohne nachhaltig überprüfen zu können, wer wie in der Bundessatzung die Festlegungen zu den Zusammenschlüssen formuliert und ausgehandelt hat, so ist zunächst mal festzustellen, dass keine der Arbeitsgemeinschaft Mitgliedsbücher oder ähnliches verteilt, so dass das Faktum Mitgliedschaft eine doch sehr vage und wenig hilfreiche Größe ist. Gewiss gibt es Verteiler. Durch die jetzigen Regelungen im § 16 Punkt 8 erhalten nur noch ca. drei oder vier Zusammenschlüsse in der Linkspartei abschließende Delegierte, darunter auch wir. Alle anderen Zusammenschlüsse dürfen nur noch beobachtend am Parteitag teilnehmen. Dies

halten wir nicht für akzeptabel. Deshalb haben wir dazu Änderungsanträge gestellt, die die Regelung dieses Punktes sinnvoll abwandelt und nicht derart politisches Porzellan zerschlägt. Wir hoffen, Euch davon überzeugen zu können, dass wir dort einen Vorschlag unterbreiten, der die praktischen Realitäten berücksichtigt.

Der Brief ist offen und wird an weitere Zusammenschlüsse und den Linksparteivorstand geleitet.

Mit solidarischen Grüßen

Rede auf der Energiekonferenz in Seelow (23. September 2006)

Dagmar Enkelmann

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und Genossen, vor gut einem Jahr fand nicht weit von hier entfernt – in Müncheberg – die 5. Ökologische Konferenz der Brandenburger Linkspartei.PDS statt. Diese Konferenz trug die Überschrift „Umweltschutz ist soziale Daseinsvorsorge.“ Geht es um den Umweltschutz, ist das Thema Energie nicht weit. Schließlich hängen rund 80 Prozent aller heutigen Umweltprobleme direkt oder indirekt mit der Erzeugung, dem Transport oder dem Verbrauch von Energie zusammen. Energie ist aber viel mehr als „nur“ eine ökologische Frage.

Zumindest in den Industrieländern war es bisher recht selbstverständlich, dass aus Steckdosen Strom und aus Heizungen Wärme kommt. Selbstverständlich ist das immer noch – nur ist diese Selbstverständlichkeit nicht mehr für jeden finanzierbar. Die Regierung antwortet uns, ja das wisse sie alles – ihre Vorschläge aber sind nur halbherzig.

Die FDP diffamiert unsere Vorstellungen z. B. einer staatlichen Energiepreiskontrolle mit dem Vorwurf, dann müsse man auch für Brötchen regulierte Preise einführen. Ich sage dazu: Gerade der auch von den Liberalen beschworene Wettbewerb hat uns auf dem Energiesektor viele der heutigen Probleme eingebracht. Gerade bei den derzeit steigenden Energiepreisen fragen sich viele Menschen, ob sie sich Strom und eine warme Wohnung noch leisten können.

Für uns aber sollte die Versorgung mit Energie eine Frage der sozialen Daseinsvorsorge sein. Oskar Lafontaine hatte in seiner Rede am Freitag mit seiner Bemerkung, die Energiepreise

hätten eine ähnliche Bedeutung wie die Brotpreise, gar nicht so unrecht. Mehr noch: Es geht um eines der zentralen Probleme der Zukunft, das nahezu alle Politikfelder durchdringt. Es geht um den nachhaltigen Umgang mit den endlichen Ressourcen unserer Erde.

Es wird aber auch immer deutlicher: Energie-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind untrennbar verbunden. Hunderttausende Menschen sind jetzt schon in dem Bereich tätig, und eine moderne Energiepolitik kann neue Arbeitsplätze schaffen. Energie hat mit Ernährung und Landwirtschaft zu tun. Die Agrarwirtschaft – selbst ein großer Energieverbraucher – schafft mit Biomasse, Raps und anderen nachwachsenden Rohstoffen eine wichtige Energiequelle der Zukunft. Der wissenschaftliche und technologische Fortschritt findet seinen wichtigsten Ausgangspunkt in der Energiewirtschaft.

Mehr noch: Seitdem um den Zugang zu Energieressourcen Kriege geführt werden, ist Energie auch eine Sache der Außen- und immer mehr auch der Verteidigungspolitik geworden. Auf die Frage, ob die Bundeswehr künftig Einsätze fahren müsse, um – Zitat – „wirtschaftliche Interessen, Versorgungs- und Ressourcensicherung“ wahrzunehmen, antwortete Minister Jung in der FAZ: „Das gehöre dazu ... Wir müssen uns auf solche Fragestellungen vorbereiten.“ Damit ist die Katze aus dem Sack gelassen! Es geht nicht um den Kampf gegen den Hunger in der Welt. Es geht nicht um Beendigung blutiger Bürgerkriege. Es geht um Märkte, es geht um Rohstoffe, um Einfluss-sphären – es geht um Profit.

Auch deswegen ist mehr demokratischer Einfluss auf die Geschäfte der großen Energieversorger so wichtig, die bekanntermaßen eine

der stärksten Lobbygruppen in diesem Lande sind. Und es geht nicht zuletzt um Stärkung der Bürgerbeteiligung, um wirkliche Transparenz und Kontrolle. Nicht die Konzerne dürfen uns ihre Interessen als Energiestrategie der Zukunft verkaufen, sondern umgekehrt wird ein Schuh draus: Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger an einer zukunftsfähigen, kommunal orientierten und preiswerten Energieversorgung müssen bestimmend sein. Energiefragen sind also mehr denn je komplexe Zukunftsthemen. Sie sind nur in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu behandeln.

Meine Damen und Herren, der Energiebedarf nimmt global dramatisch zu. Gegenwärtig ist der weltweite Energieverbrauch fast doppelt so hoch wie zu Beginn der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts. Fossile Energieträger decken noch immer den größten Teil des Bedarfs. Erneuerbare Quellen haben weltweit erst einen Anteil von 14 Prozent. Wasserkraft steht in diesem Zusammenhang mit Abstand an der Spitze. Geht es um den Zugang zu den Energieressourcen, gehören die ärmeren Ländern bislang zu den Verlierern. Die Trennlinie zwischen armen und reichen Ländern bemisst sich immer mehr nach den Möglichkeiten für einen ungehinderten Zugang zu Energierohstoffen. Die Konkurrenz um die knapper werdenden Ressourcen verschärft bestehende politische Konflikte und wird zunehmend in kriegerischen Auseinandersetzungen ausgetragen.

Meine Damen und Herren, dass Energie eine zutiefst soziale Frage ist, bekommen wir an den Folgen der steigenden Preise für Strom, Heizung und Benzin deutlich zu spüren. Viele klagen über hohe Spritpreise. Es geht aber nicht nur um die eigene Tankfüllung. So sind steigende Preise für Lebensmittel zu erwarten, weil sich der Transport verteuert. Die Deutsche Bahn bereitet höhere Fahrpreise vor mit dem Verweis auf steigende Energiekosten. Millionen Mieter in diesem Land haben hohe Nachzahlungsforderungen, weil die Heizungskosten faktisch explodierten. Allein im Jahr 2005 mussten die privaten Verbraucher rund 7 Milliarden Euro mehr für Energie ausgeben als im Jahr 2004.

Die vier größten Energiekonzerne dagegen – RWE, Vattenfall, e.on und EnBW – haben ihre Profite in den letzten drei Jahren mehr als verdreifacht - auf zuletzt jährlich 13,5 Milliarden Euro. Mehrkosten in Milliardenhöhe für die Verbraucher – Milliardengewinne für die Konzerne! Das ist zutiefst sozial ungerecht. Es ist nicht übertrieben zu sagen: Die privaten Haushalte bezahlen derzeit zu weiten Teilen die Extraprofite der Energiekonzerne! Damit nicht

genug. Schon denken einige der großen Versorger über weitere Preisanhebungen Anfang 2007 nach. Augenscheinlich zählt für die Energiekonzerne nur noch die blanke Rendite, sie haben sich aus jedweder Verantwortung gegenüber der Gesellschaft verabschiedet. Um das zu begrenzen, hat die Linksfraktion im Bundestag Vorschläge ausgearbeitet. Mein Kollege Hans-Kurt Hill wird das im Einzelnen ausführen. Meine Damen und Herren, die wesentlichen Antworten der Bundesregierung auf die galoppierenden Preise sind: Wir brauchen mehr Wettbewerb und wir brauchen neue Kraftwerke.

Kommen wir zunächst zum Wettbewerb. Ich erinnere daran: Die Bundesrepublik war das erste europäische Land, das Ende der 90er Jahre den Strommarkt faktisch von heute auf morgen hundertprozentig für alle Anbieter geöffnet hatte. Die damit verbundenen Hoffnungen auf eine preiswerte Energieversorgung haben sich nicht erfüllt – im Gegenteil: Unter dem Deckmantel der Liberalisierung nahm die Machtfülle weniger Konzerne zu. Heute kontrollieren die großen Vier – e.on, RWE, Vattenfall und EnBW – 80 Prozent der bundesdeutschen Stromerzeugung.

Der Hoffnungsträger für die Bundesregierung ist nun die neu geschaffene Bundesnetzagentur. Diese verordnet - wie jetzt in Berlin und Hamburg geschehen - geringere Netzgebühren für die Stromdurchleitung. Dieser Preisvorteil soll dann an die Verbraucher weitergegeben werden. Von diesem Preisvorteil wird aber nicht viel bei den privaten Haushalten ankommen. Die Netzgebühren sind zum einen nur ein kleiner Teil der Stromrechnung. Zum anderen verteuert die Bundesregierung mit ihrer Mehrwertsteuererhöhung selbst die Stromrechnung. Auch für Strom müssen ab 2007 die 19 Prozent Mehrwertsteuer gezahlt werden. Viele Familien und Haushalte werden beim Blick auf die Stromrechnung mit Wehmut an den Wahlkampflogan der SPD zurückdenken, der da hieß: „Merkelsteuer – das wird teuer!“ Nun „dank“ der SPD wurden nach der Wahl aus dem 2-Prozent-Aufschlag der Union am Ende 3 Prozent. Nicht ganz uneigennützig hat der Vattenfall-Chef jetzt eine halbierte Mehrwertsteuer für Strom vorgeschlagen. Auch die Energiekonzerne sehen offenbar, dass die privaten Haushalte an der Grenze der Belastbarkeit angekommen sind.

Es ist ja wirklich nicht zu verstehen, warum für Katzenfutter nur 7 Prozent Mehrwertsteuer zu zahlen sind, für so notwendige Dinge wie Medikamente oder eben Strom 19 Prozent. Meine Damen und Herren, das andere marktwirtschaftliche Mittel, um den Strompreis zu sen-

ken, ist für die Bundesregierung der Bau neuer Kraftwerke. Das wäre eine gute Gelegenheit, um Anbieter moderner Technologien kräftig zu fördern. Es passiert aber das genaue Gegenteil.

Ende August legte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes vor und der atmet ganz den alten Geist. Für große Stromabnehmer sollen die ohnehin geringen Kosten aus dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz weiter reduziert werden. Begünstigt werden Unternehmen, die mehr als 10 Gigawattstunden Strom jährlich abnehmen oder bei denen der Anteil der Stromkosten bei mehr als 15 Prozent der Gesamtkosten liegt. Weil die Förderung insgesamt nicht reduziert wird, muss das Geschenk an die Großverbraucher irgendwo hergeholt werden. Nach der Lesart der Bundesregierung soll das beim so genannten „nicht privilegierten Letztverbraucher“ geschehen – im Klartext: bei den privaten Haushalten, also bei uns allen.

Damit verschärft sich die soziale Schieflage. Familien, Haushalte und auch Gewerbetreibende dürfen den Billig-Strom für die Großunternehmen subventionieren. Das ist nicht nur eine zutiefst ungerechte Umverteilung. Bewusst streut die Bundesregierung unter der Bevölkerung das Image der Erneuerbaren als angebliche Kostentreiber und Luxus-Energie. Tatsächlich hat die Bundesregierung vor allem verlängerte Laufzeiten der Atomkraftwerke im Blick und den Neubau fossiler Großanlagen. So feierte sie jüngst die Grundsteinlegung für das künftig größte Braunkohlenkraftwerk der Welt in Neurath in Nordrhein-Westfalen. Nach Schätzungen von Greenpeace wird dieses Kraftwerk in den nächsten zwei Jahrzehnten mit mehr als 3 Milliarden Euro öffentlicher Gelder subventioniert.

Meine Damen und Herren, die Energiepolitik dieser Bundesregierung ist in weiten Teilen rückschrittlich und nicht zukunftsfähig. Sie lässt die Potenziale für eine moderne und ökologische Energieversorgung brachliegen. Der Anteil erneuerbarer Energien am Kraftstoffbedarf im Straßenverkehr z. B. beträgt derzeit gerade mal 3 Prozent. Und die Bundesregierung erschwert mit der Aufhebung der Steuerbefreiung für Biokraftstoffe auch noch deren Einsatz. Das gefährdet Arbeitsplätze gerade im ländlichen Raum. Wärme aus erneuerbaren Energien könnte nach heutigen Schätzungen 50 Prozent des gesamten Wärmebedarfs der Bundesrepublik decken. Real liegt dieser Anteil derzeit aber bei nicht mehr als 5 Prozent. Ein Drittel der hierzulande genutzten Wärme und mehr als die Hälfte des Stroms könnte in umweltfreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt werden. Real stagniert dieser Anteil der

Kraft-Wärme-Kopplung bei Strom mit 9 und bei Wärme mit 7 Prozent.

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Wärmemarkt ist noch viel zu gering, er nahm von 2003 bis 2005 nur von 5,1 auf 5,4 Prozent zu. Dabei ist es gerade hier technisch und wirtschaftlich kostengünstig, fossile Energien durch regenerative zu ersetzen. Bei diesem Schnecken tempo darf es nicht bleiben. Wir brauchen ein besonderes Wärmenutzungs-gesetz. Wäre das Wärmegesetz ähnlich wirksam wie beim Strom das Erneuerbare-Energien-Gesetz, könnten im Jahr 2020 rund 13 Prozent der Wärme regenerativ erzeugt werden. Also mehr als doppelt soviel wie heute.

Auch bei Wissenschaft und Technologie versagt die Bundesregierung. Wie sie im jüngsten Statusbericht Energieversorgung selbst einräumt, sind die Fördermittel des Bundes für Forschung und Entwicklung moderner Energietechnologien in den letzten Jahren – ich zitiere – „beträchtlich zurückgefahren worden.“ Zudem floss bislang der größere Teil des Etats in den nuklearen Sektor. Hier ist ein Wechsel der Prioritäten längst überfällig.

Meine Damen und Herren, es ist allerhöchste Zeit für eine zukunftsfähige Wende in der Energiepolitik. Was sind Ansprüche an eine moderne Energiepolitik? Klar ist: Eine Energiewende kann nicht vom heutigen Niveau des Energieverbrauchs ausgehen. Zuallererst geht es um sinnvolle Maßnahmen zu einer deutlichen Senkung des Energieverbrauchs, um die weitere Förderung von Maßnahmen zur Wärmesanierung bei Gebäuden, um die Erstellung von Energiebilanzen mit entsprechenden Konsequenzen. Ein Verbot von Stand-by-Schaltungen ist längst überfällig. Solche Schaltungen verschlingen, was sicher nicht jedem klar ist, bis zu 10 Prozent des Stroms in den Haushalten. Rund fünf Prozent der Haushalte heizen noch mit Strom. Auch diese Stromfresser gehören durch erneuerbare Quellen ersetzt. Energie einzusparen, ist auch ein weites Feld für kommunale Energiepolitik.

Meine Damen und Herren, die größten dezentralen Energieerzeuger der Bundesrepublik sind die Stadtwerke. Ihr Stellenwert für die wirtschaftliche, arbeitsmarktpolitische, soziale und ökologische Entwicklung einer Region ist kaum zu überschätzen. Wenn Energie für uns zur sozialen Daseinsvorsorge gehört, gehören die Stadtwerke auch in kommunale Hand. Privatisierungen, bei denen die Kommune die Geschäftsaufsicht aus der Hand gibt, sind für Linke nicht akzeptabel.

Den „Zugriff“ auf die kommunale Energie-Infrastruktur brauchen wir auch, um eine zukunftsorientierte kommunale Energiepolitik durchzusetzen. Linke KommunalpolitikerInnen

sollten sich einbringen bei der Initiierung kommunaler Energiekonzepte und dabei die Forderung, regenerative Quellen zu entwickeln, stärker einbinden.

Vorschläge dazu sind unter anderem:

- die Einrichtung von Energieausschüssen in den Kommunalvertretungen von Städten, Gemeinden und Landkreisen;
- die Bildung von Energieagenturen in größeren Städten oder die Beschäftigung von Energieberatern in kleineren Orten;
- die Aufstellung von Energiehaushalten, in denen alle Ausgaben für Energie gesondert festgehalten werden.
- die Prüfung einer Re-Kommunalisierung oder Re-Regionalisierung von Versorgungsnetzen;
- die Neugründung kommunaler Energieversorger dort, wo sie vielleicht nicht mehr vorhanden sind.

In diese Vorhaben sollten nach unserer Auffassung die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an einbezogen werden. Anregungen von Bürgerinitiativen für eine kommunale Energiepolitik sind aufzugreifen. All dies könnte ein wichtiger Teil des lokalen Agenda-Prozesses werden.

Meine Damen und Herren, natürlich benötigen insbesondere die Kommunen finanzielle Hilfen, um in ihren Regionen moderne Energiekonzepte zu fördern. Geld dafür ist reichlich vorhanden. Dazu bräuchte Herr Steinbrück nicht einmal neue Schulden machen oder die neuerdings sprudelnden Steuereinnahmen anzapfen. Die Linkspartei hat, ich erinnere daran, im letzten Jahr ein Steuerkonzept vorgelegt, mit dem sich auch Zukunftsinvestitionen im Energiebereich finanzieren ließen.

Es gibt aber auch andere Finanzquellen. Es würde reichen, wenn der Umweltminister beim Emissionshandel die Zertifikate wenigstens zu einem Teil per Auktion versteigern würde. Die Bundesregierung aber will ihre Praxis aus der ersten Periode des Emissionshandels in der kommenden zweiten Periode ab 2008 fortsetzen. Nach wie vor sollen die Emissionsrechte kostenlos ausgegeben werden. Damit verschenkt die Bundesregierung bis zu 8 Milliarden Euro an die Unternehmen. Allein mit dem Abschöpfen solcher Extragewinne ließe sich eine Energiewende locker finanzieren, die auf eine dezentrale und regenerative Energieerzeugung setzt. Die Linksfraktion hat entsprechende parlamentarische Initiativen gestartet.

Meine Damen und Herren, eine ökologisch orientierte Energiewende steigert auch die regionale Wertschöpfung. Strom aus erneuerbaren Energien hat sich bereits als Jobmotor schon einen Namen gemacht. Im Jahr 2005 verfügte die Branche bereits über 170 000 Arbeitsplät-

ze. Geht diese Entwicklung allein beim Strom so weiter, könnten es im Jahr 2020 rund 300 000 Arbeitsplätze sein. Bei einem konsequenten Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung könnte die Zahl der dort Beschäftigten von 40 000 auf 100 000 ansteigen.

Meine Damen und Herren, angesichts steigender Energiepreise fragen sich aber auch viele Menschen, ob sich die Bundesrepublik Klimaschutz, Atomausstieg und den Umstieg auf erneuerbare Energien noch leisten kann. Einige linke Politiker fragen sich in dem Zusammenhang, ob es nicht besser wäre, länger auf einheimische Energieträger wie die Braunkohle zurückzugreifen. Als Brandenburgerin bewegt mich die Braunkohle-Frage besonders. Ich kann mich noch gut erinnern: In den 90er Jahren hat sich gerade die Brandenburger PDS in Kräfte zehrenden Debatten auf die Position geeinigt: Kein Aufschluss neuer Braunkohle-tagebaue mehr in Deutschland. Ich finde: Bei diesem Konsens sollte die Linkspartei.PDS bleiben.

Strom aus Braunkohle ist keineswegs billig. Das betrifft nicht nur die enormen Mengen des Klimagases Kohlendioxid, die bei der Verbrennung der Kohle frei werden. Die Großtagebaue erfordern auch weiträumige Grundwasserabsenkungen. Wieder müssten Menschen und Orte den Kohlebaggern weichen. Zudem ist es nicht sehr innovativ, fossile Großkraftwerke zu bauen, die nichts anderes tun, als wertvolle fossile Rohstoffe zu verbrennen und dann noch die Hälfte der eingesetzten Energie nutzlos an die Umwelt abgeben. Nein, wirklich innovativ ist, Strom preiswert aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen, Strom massiv einzusparen und die entsprechende Forschung dazu zu fördern. Übrigens ist eine Forderung aus Anfang der 90er Jahre, die Lausitz zum Silicon Valley der Energiewirtschaft zu entwickeln, immer noch aktuell.

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal auf die eingangs erwähnte Ökologische Konferenz zurück: Dort stellte der Schweriner Umweltminister Wolfgang Methling unser Energie-Konzept „100 Prozent regenerativ bis zum Jahr 2050“ vor. Nach Ansicht der Linkspartei könnte die Bundesrepublik ab dem Jahr 2050 ihren Bedarf an Strom und Wärme weitgehend aus regenerativen Quellen decken. Das langfristige Ziel besteht in der solaren Vollversorgung der Bundesrepublik. Als einzige Partei in diesem Land verfügt die Linkspartei.PDS über eine konkrete Vision, in welchem Zeitraum die Energiewende wirklich vollzogen werden könnte. Was vor einem Jahr noch wie Utopie klang, könnte künftig zu einem grünen Markenzeichen der Linkspartei werden. Wir sind nicht blauäugig und sehen die enormen Widerstän-

de und auch noch ungelösten Fragen auf diesem Weg. Aber die Vision ist richtig.

Meine Damen und Herren, auch die Zukunft der Mobilität hat viel mit dem Thema Energie zu tun. Schließlich verbraucht der Verkehr rund ein Drittel der eingesetzten Energie in Deutschland. Ohne eine Verkehrswende ist deswegen eine Energiewende nicht zu haben. So wie der Energieverbrauch real zu senken ist, muss auch der „Verbrauch“ von Transport real verringert werden. Verkehrsvermeidung ist hier das Stichwort. Was Energieverbrauch, Klimaemissionen und die gesamten zu genannten externen Kosten betrifft, sind Bus und Bahn dem Auto deutlich überlegen. Eine reale Chance werden sie aber nur haben, wenn nicht weiter Strecken stillgelegt, Taktzeiten verlängert und Verkehr aus der Fläche gezogen wird. Nötig ist deswegen eine Verlagerung des Verkehrs auf die umweltfreundliche Schiene und eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger. Leider läuft der Trend derzeit insbesondere gegen die Schiene. Heute werden nur noch 15 Prozent der Güter auf der Schiene transportiert.

Meine Damen und Herren, auch im Personenverkehr hat sich die Situation verschlechtert. Mit der Kürzung der Regionalisierungsmittel um 3,2 Milliarden Euro bis zum Jahr 2010 sorgt die Bundesregierung dafür, dass der öffentliche Verkehr in der Fläche weiter ausgedünnt wird. Auch Arbeitsplätze gehen verloren, so muss die Barnimer Busgesellschaft sechs Mitarbeiter entlassen. Das Land Brandenburg spielt hier bekanntermaßen einen unrühmlichen Vorreiter. Schon zum nächsten Fahrplanwechsel soll eine Reihe von Linien nicht

mehr bedient werden. Der jetzt gefundene Kompromiss, bei dem ein Teil der Strecken mit veränderten Taktzeiten oder verkürzt weiter bedient werden, ist ein fauler Kompromiss. Er bedeutet ein Sterben auf Raten.

Für die mobile Zukunft auf dem flachen Land sieht es schlecht aus: Keine Bahnverbindung mehr, der Bus kommt, wenn überhaupt, zweimal täglich als Schülerverkehr. Das Auto verbleibt den meisten Familien als einziges mobiles Mittel. Das hat nichts mit einer nachhaltigen Mobilitätspolitik zu tun. Und der Trend, dass sich die Bahn aus der Fläche zurückzieht, würde mit dem Börsengang eine neue Dimension bekommen. Die Linksfraction hat sich klar gegen die Privatisierung der Bahn positioniert und lehnt einen Börsengang folgerichtig ab.

Meine Damen und Herren, es geht in den nächsten Jahren in erster Linie darum, die energetische Infrastruktur dieses Landes völlig umzukrempeln. Wir brauchen keine neuen Großkraftwerke, sondern intelligente Lösungen zum Energiesparen, mehr Energie aus Sonne und Wind, aus Erdwärme und Biomasse. Die Energieversorgung der Zukunft muss eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge sein, sie ist dezentral und kommunal. Die Linksfraction hat sich auf energiepolitischem Gebiet bereits stark engagiert. Das zeigt die Fülle von Anfragen und Anträgen, die auch hier vorliegen. Ich bin deswegen froh, dass mein Kollege Hans-Kurt Hill uns heute hier für einen Vortrag und zur Debatte zur Verfügung steht. Ich wünsche uns jetzt eine fruchtbringende und erfolgreiche Debatte. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Ökologischer Workshop des Landesverbands Brandenburg (23./24. September 2006 Zempow)

Am 23. und 24. September 2006 trafen sich ökologisch Interessierte in und bei der Links-

partei.PDS Landesverband Brandenburg zu einem „Ökologischen Workshop“ in Zempow.

Zempower Aufruf

Brandenburg ist ein auch durch Land- und Forstwirtschaft geprägtes Land. Wir sind stark im Ökolandbau und haben vielfältige Naturräume für Naherholung und Tourismus. Doch diese positiven Eigenschaften sind durch den massiven Ausbau der Agro-Gentechnik gefährdet.

In Brandenburg wurden im Jahr 2006 442 Hektar Genmais angebaut – ursprünglich angemeldet waren allerdings über 1 000 Hek-

tar.

Die Nutzung der Agro-Gentechnik gefährdet nicht nur die gentechnikfreie Produktion durch Brandenburger Bäuerinnen und Bauern, durch Imkerinnen und Imker, sondern widerspricht auch dem klaren Votum von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Ca. 70–80 % von ihnen lehnen Lebensmittel aus Agro-Gentechnik auf ihrem Teller ab. Geplante Abstandsregelungen zwischen Feldern mit transgenen und anderen

Sorten widersprechen nicht nur internationalen Erfahrungen, sie sind auch ein Widerspruch zur einfachen menschlichen Vernunft. Wir wollen diese Risikotechnologie nicht. Weder auf dem Acker, noch auf dem Teller oder im Tank.

Wir sagen:

- Die Ernährung aller Menschen ist ohne die Agro-Gentechnik möglich.
- Die Diskussion über die Vor- und Nachteile der Agro-Gentechnik wird in der Linkspartei.PDS noch nicht entschieden genug geführt. Das muss sich ändern.
- Die Agro-Gentechnik ist aus Sorge um die gesundheitlichen und ökologischen Risiken abzulehnen.
- Die Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie, deren vermeintlicher Nutzen in einem miserablen Verhältnis zu den wahrscheinlichen Risiken steht.
- Die nachhaltige Nutzung nachwachsender Rohstoffe ist ohne die Verwendung transgener Pflanzen möglich.

Wir fordern:

- Alle gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Linkspartei.PDS in der Region Berlin-Brandenburg sollen sich verstärkt mit dem Thema Agro-Gentechnik beschäftigen.
- Weil EU-Recht kein generelles Verbot transgener Pflanzen zulässt und bundesdeutsche Gesetzgebung vor allem Agrochemiekonzerne, nicht aber die biologische Vielfalt, die Landwirtinnen und Land-

wirte, Verbraucherinnen und Verbraucher wirksam schützt, sollten auf regionaler und kommunaler Ebene, den Beispielen aus Eberswalde und den Landkreisen Oberhavel, Potsdam-Mittelmark, Barnim folgend, politische Willenserklärungen als Beschlussvorlagen in die Parlamente eingebracht werden.

- Alle Kritiker und Kritikerinnen, sowie ihre Zusammenschlüsse sind zu unterstützen. Militante Aktionen, die Gewalt an die Stelle von Überzeugung setzen, lehnen wir ab.
- „Gentechnikfreie Regionen“ sind zu unterstützen und alle Landwirtinnen und Landwirte, Imkerinnen und Imker aufzurufen, sich in solchen Zusammenschlüssen zu engagieren.

Alle Landwirtinnen und Landwirte, welche transgene Pflanzen nutzen oder nutzen möchten, wollen wir einladen, zusammen mit uns andere Alternativen zu wählen.

Der Skandal um die Kontaminationen durch Genreis zeigt, dass eine Koexistenz von gentechnikfreier und transgener Landwirtschaft nicht möglich ist. Die Verwendung transgener Pflanzen in der Landwirtschaft beruht auf einer Risikotechnologie, die vor allem den internationalen Agrarkonzernen weitere Profite sichern soll und bäuerliche Existenzen gefährdet.

Zempow, den 24. September 2006

Braunkohleplan Cottbus-Nord nicht legitim

Die *AG Umwelt der Linkspartei.PDS Brandenburg* kritisiert die Verbindlichkeitserklärung des Braunkohleplans Cottbus-Nord durch die Landesregierung im Sommer dieses Jahres als inhaltlich und formell nicht legitim.

Dies ist folgendermaßen zu begründen:

Die geplante Beseitigung der Lacomaer Teichlandschaft ist nicht zwingend erforderlich, um die Gemeinwohlziele einer sicheren Energieversorgung und Arbeitsplatzsicherung zu gewährleisten. Es ist unmöglich, den Verlust der ökologisch wertvollen Teichlandschaft rechtzeitig und ausreichend zu ersetzen. Die rechtzeitige Entwicklung von Alternativen zur Inanspruchnahme wurde vom Bergbauunternehmen sowie der Landesregierung jahrelang verweigert und damit wissentlich eine Zuspitzung des Konflikts provoziert. Diese findet vor allem im Interesse maximaler Unternehmens-

profite durch Stromexport statt und geht bereits heute auf Kosten des Naturraumes, der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Braunkohleunternehmens.

Formell widerspricht die Landesregierung mit der Verbindlichkeitserklärung der selbst geäußerten Bitte an die Europäische Kommission um Stellungnahme zu diesem Vorhaben. Diese Stellungnahme wurde von Vertreterinnen und Vertretern der Landesplanungsabteilung noch im Frühjahr 2006 als „nach nationalem Recht notwendig“ dargestellt, wird nun jedoch nicht abgewartet. Die Landesregierung macht sich mit dieser Vorgehensweise unglaublich und rechtlich bedenklich.

Zempow, den 24. September 2006

Versteckte Subventionen beim Grundwasserverbrauch von Großverbrauchern abschaffen

Die AG Umwelt der Linkspartei.PDS Brandenburg setzt sich dafür ein, dass bei der Novellierung des Landeswassergesetzes die Befreiung vom Wassernutzungsentgelt (WNE) nach § 40 reduziert wird. Das gilt insbesondere für die Wasserentnahme durch die Braunkohlewirtschaft.

Dies ist folgendermaßen zu begründen:

- Mit einer Entnahme von jährlich bis zu 260 Millionen m³ Grundwasser stellt der Brandenburger Braunkohlebergbau einen der gravierendsten Eingriffe in den Wasserhaushalt dar. Er stellt die Region Berlin-Brandenburg vor größte Probleme bei der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie.
- Die kostenlose Nutzung der endlichen Ressource Wasser durch den Braunkohletagebau und die auf ein Zwanzigstel verbilligte Nutzung zu Kühlzwecken in Braunkohlekraftwerken stellen eine nicht gerechtfertigte Subvention dar.
- Angesichts der steigenden Gewinne des Energieunternehmens Vattenfall Europe ist eine Vergünstigung bei der Nutzung wertvoller Ressourcen der Region Berlin-Brandenburg für dessen Wettbewerbsfähigkeit nicht erforderlich.

- Durch Anhebung des Wassernutzungsentgeltes entstehen dem Land Brandenburg dringend benötigte zusätzliche Einnahmen in Millionenhöhe.
- Die Verpflichtung aus der Wasserrahmenrichtlinie zu kostendeckenden Preisen für Wasserdienstleistungen in Oberflächengewässern kann und sollte so weit ausgelegt werden, dass auch der Bergbau stärker an den Kosten zu beteiligen ist.
- Die Wiedereinleitung in Oberflächengewässer kann kein Argument für eine pauschale Befreiung des Bergbaus vom WNE sein, da sie auch für die Mehrheit der anderen Wassernutzer (z.B. Wasserwerke) gelten würde, die das Wassergesetz zur Zahlung von 0,10 €/m³ verpflichtet. Sie ist überdies wasserwirtschaftlich und ökologisch nicht gleichwertig mit einer Wiederversickerung oder einer Vermeidung der Grundwasserentnahme.

Zempow, den 24. September 2006

Ökologische Sozialisten - das zweite Jahr. Jahresrückblick 2006 der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim

Christian Rehmer

Die Linkspartei wird in der Öffentlichkeit kaum in ihren umweltpolitischen Positionen wahrgenommen. Dabei ist sie schon ganz schön „grün“. Auch in der Linkspartei gibt es Rote mit einem grünen Herzen, und diese schlossen sich Anfang Januar 2005 als AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim (kurz AGU) zusammen. Mittlerweile sind zwei aktive Jahre vergangen. Dabei wurde stets nach dem Grundsatz: „Sozialismus ist ökologisch oder es ist kein Sozialismus“ diskutiert und gearbeitet.

Welche Themen spielten 2006 eine Rolle?

Im Jahr 2006 stand der Klima- und Ressourcenschutz im Fokus der Arbeit. Die Mitglied-

schaft der Stadt Eberswalde im „Klimabündnis europäischer Städte“ war im Kürzungswahn der Stadtverordneten gekündigt worden - wegen der Einsparung von 250 Euro. Die AGU schmiedete ein Bündnis, bestehend aus der Lokalen Agenda 21, den Grünen und dem Energiesparkontor Barnim. Gemeinsam machte man diesen politischen Fehler öffentlich und sammelte Spenden, um der Stadt die Mitgliedschaft weiter ermöglichen zu können. Anfang 2007 will die AGU die StVV noch einmal zu einer Diskussion über das Klimabündnis anregen.

Ein wichtiges Thema im Jahr 2006 stellte der Eberswalder Stadtforst dar.

Die AGU lud zahlreiche Experten ein, um sich breit und umfassend zu informieren. Hinter-

grund war die Entwicklung von Perspektiven und Alternativen für die Bewirtschaftung des Eberswalder Stadtwaldes. Die von der AGU erstellte Stellungnahme soll Anfang 2007 veröffentlicht werden. Dabei geht es nicht um die Privatisierung des Waldes, wie das konservativ-bürgerliche Kreise des Öfteren fordern, sondern um eine Nutzungsdebatte.

Das Ende des Sommers war auch bei der AGU von der bevorstehenden Bürgermeisterwahl geprägt. Um den Eberswalderinnen und Eberswaldern die Möglichkeit zu geben, sich für einen grünen Kandidaten zu entscheiden, wurden an alle Kandidatinnen und Kandidaten „Ökologische Wahlprüfsteine“ verschickt. Gekürzt konnten die Antworten aller sechs in der Barnimer Bürgerpost (10/2006) nachgelesen werden (ungekürzte Fassung siehe: <http://bbp.aki-stuttgart.de/>). Eberswalde hat einen ökologisch interessierten Bürgermeister bekommen. Das lässt hoffen.

Der Herbst stank nach Müll - breite Proteste gegen die zärtlich „EVA“ genannte Sondermüllverbrennungsanlage machten sich in Eberswalde breit. Diese wurden von der AGU solidarisch aufgenommen. Zusammen mit der Fraktion der Linkspartei in der StVV Eberswalde wurde das Thema detailliert debattiert. Die Fraktion brachte z. B. einen Vorschlag für ein Mediationsverfahren in die StVV ein.

Landwirtschaft und Tierschutz

Die Arche Noah Bundestag – was Tierschutz in Deutschland bedeutet

*Eva Bulling-Schröter
(Bundestagsrede vom 15.12.2006)*

Frau Präsidentin! Herr Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wäre dieser Saal hier eine Legehennenbatterie, würden an Ihrer Stelle über 17 000 Hühner sitzen. Nutzen wir den Raum bis unter die Decke, das ist die Realität in Hühnerbatterien, (Julia Klöckner (CDU/CSU): Ich lege aber keine Eier!) wären das fast 1 Million Hühner; 1 Million Hühner im Plenarsaal des Deutschen Bundestages dank moderner Käfigbatterien. (Hans-Michael Goldmann (FDP): Das stimmt ja nicht, was Sie sagen! Wo gibt es eine Legehennenhaltung bis an die Decke?)

Hierzulande werden 43 Millionen Hühner gehalten, davon mehr als 73 Prozent in Käfigen bei Gestank und künstlichem Licht. Die Folge: zerstörtes Gefieder, kaputte Gelenke, (Hans-Michael Goldmann (FDP): Das stimmt

Quo vadis AGU?

Auch das zweite Jahr hatte für die AGU reichlich Inhalte und Erfolge vorzuweisen. Im nächsten Jahr soll daran natürlich angeknüpft werden.

Beispielsweise werden die Themen Agrogentechnik und Kommunalwald wieder eine große Rolle spielen und Vorschläge zur Ausgestaltung der Mitgliedschaft Eberswaldes im Klimabündnis gemacht werden. Ein größerer Kreis von aktiven Mitstreitern - und vor allem auch Mitstreiterinnen - ist eins der Ziele für das Jahr 2007. Des Weiteren sollen geknüpfte Beziehungen intensiviert und mehr über den Bereich Eberswalde hinaus gearbeitet werden. Schließlich versteht sich die AGU als Kreis-AG und möchte dementsprechend auch in ganz Barnim aktiv werden.

Kontakt zur AGU:

Haben Sie auch ein grünes Herz, obwohl Sie ein Roter sind? Dann fühlen Sie sich bei uns sicherlich gut aufgehoben. Kommen Sie doch einfach mal vorbei!

Kontakt und Infos:

Christian Rehmer: 0 33 34/38 76 28 oder
Christian.Rehmer@web.de,
www.dielinke-eberswalde.de

doch nicht, was Sie sagen!) schwere Verhaltensstörungen. Die Tiere können nicht sandbaden, weder Gefieder noch den Kopf schütteln. Das Federkleid kann nicht geputzt, Kopf und Schnabel können nicht gekratzt werden. (Hans-Michael Goldmann (FDP): Es stimmt nicht!)

Praktisch alle natürlichen Triebe werden unterdrückt. (Peter Bleser (CDU/CSU): Aber nicht alle!) Früher hat ein Huhn 20 Eier pro Jahr gelegt, so viel dazu, wie die Situation früher war, Herr Goldmann, heute sind es mehr als 300. Masthühner werden heute so gezüchtet, dass sie täglich, ich betone: täglich mehr als 50 Gramm zunehmen müssen. Normalerweise verbringt ein Huhn den Tag mit Futtersuche und Gefiederpflege. Beides ist bei konventioneller Käfighaltung nicht möglich. Langweiliges Futter und bedrückende Enge führen zu Kannibalismus und Krankheit. (Hans-Michael Goldmann (FDP): Kannibalismus im Käfig?

Das kommt bei Freilandhaltung viel häufiger vor!)

Den Tieren hilft man nicht dadurch, dass man ihnen die Schnabelspitzen amputiert oder das Licht in ihrem Käfig auf ein Minimum abdimmt. Wir brauchen eine tiergerechte Geflügelhaltung, sowohl für Mast- als auch für Legehühner. Damit sind aber explizit nicht die ausgestalteten Käfige und Kleinvolieren für die so genannte Gruppenhaltung gemeint. Was so putzig klingt, bedeutet: Die Tiere können weiterhin nicht auf Sitzstangen schlafen, nicht im Sand baden und sich nicht ungestört pflegen, schütteln oder aufbäumen. Hier wird schönge-redet, was die tierquälereische Käfighaltung in Wirklichkeit ausmacht. (Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD, Marlene Mortler (CDU/CSU): Fragen Sie einmal einen Bauern!) Zeigen Sie mir doch einmal ein Huhn, das auf der Fläche eines Bierdeckels sein Sandbad nehmen kann! (Marlene Mortler (CDU/CSU): Wenn Sie so weiterreden, kommen Sie selber in den Käfig! Hans-Michael Goldmann (FDP): Ich verstehe wirklich nicht, was Sie jetzt sagen!)

Da als ein wichtiger Grund für die Käfighaltung die Hygiene angeführt wird, sage ich Ihnen: Wir ignorieren Hygieneprobleme nicht. Aber der Tierschutz darf nicht den Kürzeren ziehen. Deshalb brauchen wir mehr Forschung auf dem Gebiet der alternativen Landwirtschaft. (Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das geht natürlich nicht, wenn Sie die nötigen Mittel in diesem Bereich streichen, wie Sie es beim Institut für ökologischen Landbau getan haben, das nun womöglich vor dem Aus steht. (Ulrich Kelber (SPD): Keine Angst!) Wir dürfen die Menschen nicht für dumm verkaufen. (Marlene Mortler (CDU/CSU): Genau das machen Sie aber! Hans-Michael Goldmann (FDP): Genau! Das machen Sie jetzt!) Worum es wirklich geht, ist doch leicht zu durchschauen: Die Käfighaltung soll nicht nur beibehalten, sondern wieder eingeführt werden. (Marlene Mortler (CDU/CSU): Sie lügen ja!)

Längere Übergangsfristen für Käfigbatterien sollen her, ganz im Sinne der EU-Richtlinie. Die Industrielobby wird sich bei Ihnen bedanken. (Hans-Michael Goldmann (FDP): Das ist wirklich nicht schön, was Sie da machen!) Aber ich sage noch einmal: Käfigbatterien, egal ob mit oder ohne Mobiliar, gehören abgeschafft. Das hat der Bundestag vor fünf Jahren beschlossen. Wir waren daran beteiligt. Kaputtgemacht wurde diese Regelung auf Antrag einiger Bundesländer. Ab Januar 2007 sollte ein Käfigverbot gelten. Wir unterstützen das. Dazu

haben wir einen eigenen Antrag eingebracht. (Hans-Michael Goldmann (FDP): Völliger Schwachsinn!)

Mit Einführung der neuen Käfigsysteme ist dieser Fortschritt allerdings hinfällig.

Ich möchte kurz auf die Vorgeschichte eingehen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Käfighaltung zu Recht schon im Jahr 1999 als nicht tiergerecht eingestuft. (Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb wurde die Hennenhaltungsverordnung außer Kraft gesetzt. Dazu haben wir damals im Rechtsausschuss auch eine Anhörung durchgeführt. Mein nächster Punkt. Da es auch um Wirtschaftspolitik geht, manchen Parteien geht es vielleicht nicht so sehr um den Tierschutz (Marlene Mortler (CDU/CSU): Das eine schließt das andere nicht aus!) komme ich nun auf den Import von Eiern zu sprechen. Käfigeier werden nicht nur millionenfach importiert, sie werden auch millionenfach bei uns produziert.

Nun zum Thema Arbeitsplätze. In Deutschland werden in 849 Betrieben fast 29 Millionen Hühner in Käfigen gehalten. Das sind drei Viertel des gesamten Hühnerbestands. Was bedeutet das für die Hühner und für die Zahl der Arbeitsplätze? Zunächst zu den Hühnern. Ich wiederhole es: Kannibalismus, Fettleber, schwere Fußverletzungen und Knochen-schwäche. (Hans-Michael Goldmann (FDP): Ach Gott! Jetzt geht das wieder los! Marlene Mortler (CDU/CSU): Wo bleibt die Praxis?)

Wir meinen, das ist nicht im Sinne des verfassungsmäßigen Staatsziels Tierschutz.

Für den Arbeitsmarkt bedeutet dies, dass über den Daumen gepeilt ein Beschäftigter auf 40 000 Hühner in einer Legebatterie kommt. (Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD): Wie viele sind denn im vorgelagerten Bereich? Julia Klöckner (CDU/CSU): Genau! Sagen Sie auch einmal etwas zum vor- und nachgelagerten Bereich!) Rechnen Sie selbst aus, um wie wenige Arbeitsplätze es also bei knapp 29 Millionen Käfighühnern geht. Hinzu kommt: Es gibt keine regionale oder Kreislaufwirtschaft. Das Futter wird importiert. Die Ställe werden aus dem Ausland geliefert, weil sie dort billiger hergestellt werden können. Geschlachtet wird an einem anderen Ort. Für die Vermarktung sind die großen Unternehmen zuständig.

(Zuruf von der SPD: Informieren Sie sich doch erst einmal!) Bei tiergerechter Haltung sieht das schon besser aus: Bioerzeugung führt wirklich zur Schaffung von Arbeitsplätzen. 29 Millionen glückliche Hühner bedeuten 4 800 glückliche Arbeitskräfte in den Hühnerbetrieben, eine Kreislaufwirtschaft in der Nahrungsmittelproduktion und eine Vermarktung

unter Beachtung des Tier- und Umweltschutzes.

Umfragen haben ergeben, dass 80 Prozent der Menschen das Ende der konventionellen Käfighaltung wollen. (Marlene Mortler (CDU/CSU): Ja, ja! Darum kaufen sie wahrscheinlich auch die Eier!) Wir haben hierzu einen Antrag eingebracht, mit dem wir noch einmal an Sie appellieren: Unterstützen Sie, was die Mehrheit der Bevölkerung will! Wir fordern auch ein Verbot der schöngeredeten Gruppenhaltung. Ohne Verbot, denke ich, machen Sie sich unglaubwürdig. Wir sind für Innovation und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Artgerechte Legehennenhaltung sichert und schafft Arbeitsplätze. (Ulrich Kelber (SPD): Was ist artgerecht?)

Werden Eier aus Boden-, Freiland- und Biohaltung angeboten, werden sie auch gekauft. Angebot und Nachfrage, ganz einfach. Wenn die Leute Eier aus Boden-, Freiland- und Biohaltung wollen, dann müssen die Tiere auch so gehalten werden. Wir haben es geschafft, dass seit 2004 auf den Verpackungen von Schalen-eiern die Haltungsform und der Erzeugercode stehen müssen. (Hans-Michael Goldmann (FDP): Sie haben bestimmt nichts geschafft!) Doch auch wer Eiprodukte kauft, hat das Recht, zu erfahren, woher die Eier kommen. Den Konsumentinnen und Konsumenten wird vorenthalten, woher die Eier in Keksen, Nudeln, Kuchen usw. kommen. Ich meine, es wird Zeit, das zu ändern. In der Schweiz ist so eine Auszeichnung schon möglich. Was in der Schweiz möglich ist, muss auch bei uns möglich sein. (Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hans-Michael Goldmann (FDP): Beim Frauenwahlrecht waren wir aber schneller als die Schweiz!)

Tierschutz mit dem Einkaufskorb ist nur möglich, wenn sich der Verbraucher, wie es immer wieder versprochen und gelobt wird, informieren kann. Mehr als 50 Prozent der konsumierten Eier stecken in verarbeiteten Lebensmitteln - ein enormes Tierschutzpotenzial, eine vertane Chance, wie wir meinen. Übrigens kommen inzwischen besonders viele Eier aus alternativer Erzeugung aus dem Ausland. 2005 stieg der Anteil der importierten Bioeier bzw. der importierten Eier aus Bodenhaltung sehr stark. Allerdings betrifft dies nur die Schale-eier. Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag der Grünen.

Weil wir gerade bei Geflügel sind: Auf der Arche Noah sind auch Wildvögel. Wir fordern ein Verbot der Einfuhr von Wildvögeln. Die EU ist der größte Absatzmarkt: 8,8 Millionen Vögel wurden während der letzten zehn Jahre in die EU importiert. Das sind weit mehr als zwei Drittel des Umfangs des weltweiten Wildvogelhan-

dels. Bis vor kurzem wurden jährlich über 1,7 Millionen Wildvögel in die EU importiert. Deutschland war ein wichtiges Abnehmerland. So paradox es klingt: Es war die Vogelgrippe, die hier zur Rettung beitrug. Weil kranke Papageien in England daran starben, wurde die Einfuhr letztes Jahr verboten. Bis zum Jahresende können so fast 4 Millionen Vögel gerettet werden. Denn mit dem legalen Handel geht auch der illegale Handel zurück.

Unzählige Vögel fallen unter das Washingtoner Artenschutzabkommen. Allein, der Handel mit ungeschützten Tieren ist vollkommen außer Kontrolle geraten: Für Prachtfinken, Gimpel, Stare gibt es keinerlei Handelskontrollen. Da wird gefangen und verkauft, was Flügel hat und womit man Geld machen kann. Nur 1 500 Vogelarten, die international gehandelt werden, werden erfasst und unterliegen dem Washingtoner Artenschutzabkommen. Gehandelt werden nachweisbar mehr als 2 600 Vogelarten.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Dort, wo die Natur geplündert wird, bleibt das Geld nicht. In Deutschland gibt es leider keinerlei Kontrolle bzw. Statistik über die Wildvogelhaltung. Der Handel läuft hauptsächlich über Zooläden, Inserate und, fatalerweise, immer mehr über Tierbörsen ab. Ungefähr eine Dreiviertelmillion Ziervögel, geschützte und ungeschützte, sind in diesem Jahr gehandelt worden. Ich meine, da muss dringend etwas getan werden. Was bewirkt der Import von Vögeln in die EU? Allein in Mittel- und Südamerika wird ein Drittel der dort gefangenen Papageien illegal gefangen. Übrigens sind die Exportländer von Wildvögeln hauptsächlich Entwicklungsländer. Korruption und fehlende Infrastruktur machen eine Kontrolle von Zahl, Art und Versand der Wildvögel unmöglich. Aber wie wollen wir von Kontrolle reden, wenn sie auch bei uns oft nicht funktioniert? Hier muss wirklich etwas getan werden. Jetzt ist meine Redezeit fast zu Ende.

(Julia Klöckner (CDU/CSU): Es reicht auch!) Ich sehe, Sie sind furchtbar traurig. Ich hätte noch das Thema „Stopfleber“ und einige andere Dinge. - (Peter Bleser (CDU/CSU): Machen wir nächstes Jahr weiter!) Aber da meine Redezeit dafür nicht mehr ausreicht, wir können im nächsten Jahr darüber weiterdiskutieren, bleibt mir abschließend nur noch zu sagen: Lassen Sie sich Keule und Leber in diesem Jahr schmecken, vielleicht sogar bei einem gemütlichen Picknick in der Kieler Bucht. Dort werden zurzeit TNT und Munition entsorgt. Die Wale leiden darunter. Ich denke, auch mit diesem Thema sollten wir uns im nächsten Jahr sehr intensiv beschäftigen. (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Agrarzuschüsse für Biobauern wurden gekürzt

*Junge Welt 09.01.2007, S. 8
Gespräch mit Eva Bulling-Schröter (Claudia Wangerin)*

Die ökologische Landwirtschaft wird klein gehalten. Umverteilung zur Förderung der Gentechnik

Die Biobranche ist lange belächelt worden – inzwischen ist die Nachfrage nach „Lebensmitteln vom Biobauern“ größer als das Angebot, es gibt akute Lieferengpässe, und Biokartoffeln sind ausverkauft. Inwiefern war das vorhersehbar?

Neben dem wachsenden Bewusstsein der Bevölkerung für Ernährung und ökologische Fragen haben auch die vielen Fleisch- und Lebensmittelskandale der letzten Jahre und der Leidensdruck durch Allergien dazu beigetragen, dass die Nachfrage gestiegen ist. Einige Discounter haben den Trend bemerkt und Bioprodukte in ihr Sortiment aufgenommen. Natürlich ist auch dadurch ein Engpass entstanden, aber das wäre absehbar gewesen. Wir gehen davon aus, dass mittlerweile bis zu 40 Prozent der Verbraucher Interesse an Biolebensmitteln haben. In Bayern sind aber zum Beispiel nur vier Prozent der Landwirte Biobauern – das ist schon eine deutliche Diskrepanz.

Welche politischen Rahmenbedingungen könnten den konventionellen Landwirtschaftsbetrieben eine Umstellung erleichtern?

Wir brauchen eine vernünftige Förderung der ökologischen Landwirtschaft. Momentan wird aber genau an dieser Stelle gekürzt. Mit Zustimmung der Bundeskanzlerin Angela Merkel ist der deutsche Landwirtschaftsfonds der EU um zwei Milliarden Euro gekürzt worden – dadurch fallen auch die Komplementärfinanzierungen durch die Länder weg. Die Agrarzuschüsse für Biobauern wurden bereits gekürzt. In Bayern haben Umsteller und Neueinsteiger vorher 255 Euro Fördergeld pro Jahr und Hektar erhalten – jetzt sind es nur noch 190 Euro.

Galt die bayerische Förderung im Ländervergleich nicht als vorbildlich?

Bayern hatte zwar bisher die höchste Förderung, aber bayerische Landwirtschaft ist auch sehr kleinteilig. Für die Bauern ist es schwer, aus kleineren Flächen genügend Gewinn zu ziehen. Sogar bestehende Förderverträge wurden für das Jahr 2007 gekürzt. Die übliche Laufzeit beträgt fünf Jahre, und die betroffenen Bauern wissen noch gar nicht, ob ihnen weitere Kürzungen bevorstehen. Auch aus diesen Gründen sind Biokartoffeln momentan nicht lie-

ferbar – das liegt nicht nur daran, wie die Ernte ausgefallen ist.

Warum sperren sich Unionspolitiker so vehement gegen eine Entwicklung, die im Grunde mit marktwirtschaftlichen Prinzipien kompatibel ist?

Ein Ministerpräsident wie Stoiber will auf Kosten der Nachhaltigkeit seinen Haushalt sanieren – gekürzt und gespart wird sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Landwirtschaft. Eine Prämie für Agrar-Umweltmanagement, die in Bayern bisher gezahlt wurde, wenn bestimmte ökologische Kriterien erfüllt waren, wurde ebenfalls gestrichen.

Kann der einzelne Landwirt überhaupt ökologische Kriterien erfüllen, wenn sein Grundstück in der Nähe einer Anbaufläche für genmanipulierte Pflanzen liegt, oder ist das Wort »ökologisch« dann ein falsches Versprechen?

Das ist zum Beispiel ein Standortvorteil von Österreich, das nicht nur die bessere Förderung für ökologischen Landbau bietet, sondern auch durch das Verbot von Gentechnik auf landwirtschaftlichen Nutzflächen der Verunreinigung durch Pollenflug Einhalt gebietet. Auskreuzung und Vermischung sind in direkter Nachbarschaft kaum vermeidbar. 70 Prozent der Verbraucher wollen aber keine Gentechnik in Lebensmitteln, weil die gesundheitlichen Risiken nicht ansatzweise erforscht sind.

Einer der Großabnehmer für Bioprodukte ist der Babykosthersteller Klaus Hipp – und der hat bereits angekündigt, seine Rohstoffe nur noch aus dem Ausland zu beziehen, wenn es in Deutschland zu einer weiteren Liberalisierung des Gentechnikgesetzes kommt. Und das steht weiterhin auf der Agenda des Bundeslandwirtschaftsministers Horst Seehofer. Deutschland verschläft hier ein wichtiges Marktsegment und verspielt zukunftssträchtige Arbeitsplätze. Österreich zum Beispiel verhält sich in diesem Punkt klüger und wird die Nische zu nutzen wissen.

Was sagen die betroffenen Biobauern aus Ihrer Region dazu?

Sie sehen, dass das eine Umverteilung zur Förderung der Gentechnik ist. Nicht nur die Landwirte, bei denen aktuell gekürzt wurde, sondern auch langjährige Biobauern sprechen sich gegen eine Kürzung der Fördermittel für Neueinsteiger und Umsteller aus.

Eva Bulling-Schröter ist umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke und Landessprecherin der Linkspartei.PDS Bayern

Nachhaltige Ressourcennutzung durch Agroforstwirtschaft

Kirsten Tackmann

(Bundestagsrede vom 10.11.2006 zu einem Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“)

Wir sprechen heute über ein Thema, das eigentlich uralt und sehr traditionell ist, aber in Deutschland mittlerweile weitgehend unbekannt. Hudewälder, extensive Streuobstwiesen und ausgedehnte Hecken sind historische Agroforstsysteme, die bewusst die Nutzung von Bäumen und Sträuchern und der landwirtschaftlichen Fläche miteinander verbinden. Die heute bei uns bestehende deutliche Trennung von Landwirtschaft auf der einen Seite und Forstwirtschaft auf der anderen gab es nicht immer, und es gibt sie auch heute nicht überall.

Die Agroforstwirtschaft spielt in der aktuellen Entwicklungszusammenarbeit eine viel größere Rolle als bei uns. Das, was für landwirtschaftliche Probleme in anderen Ländern eine Lösung sein kann, kann doch auch für uns interessant sein und neue Chancen und Möglichkeiten erschließen. Also es lohnt sich, genauer hinzusehen!

Die positiven Effekte der Agroforstwirtschaft sind im Antrag der Grünen hinreichend beschrieben. Wind- und Erosionsschutz, Förderung von Nützlingen durch zusätzliches Lebensraumangebot, Kohlendioxidsenken, Verbesserung des Mikroklimas und Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion. Alles Effekte, die wir im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsaspekten und mit der Stabilisierung der biologischen Vielfalt in Wald und Flur bewirken wollen.

Trotzdem werden in diesem Hause sicherlich einige Abneigungen bestehen. Oft gilt der am Feldrand stehende Baum immer noch eher als Hindernis. Mühevoll mussten zum Beispiel Ackerrandstreifen und die Anlage von Hecken oder Feldgehölzen finanziell gefördert werden. Freiwillig passierte da fast so gut wie nichts! Moderne Konzepte der Agroforstwirtschaft widersprechen nicht den heute geläufigen Techniken und Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion, egal ob modern, konventionell oder ökologisch produziert wird. Trotzdem stoßen diese Ideen und Konzepte bislang nur auf wenig Gegenliebe, da sie weder in aktuelle Förderkulissen passen noch ausreichend Kenntnisse und Erfahrungen verbreitet sind, die agroforstwirtschaftliche Verfahren von sich aus in die Praxis bringen würden.

Dabei liegen durchaus schon aktuelle Erfahrungen mit moderner, an hiesige Verhältnisse

angepasster Agroforstwirtschaft vor. Die Erträge der jeweils angebauten landwirtschaftlichen Kulturen sind ähnlich, teilweise sogar höher als bei herkömmlicher Produktion. Vor allem die Wintergerste kann sehr gut in Agroforstsystemen angebaut werden. In einer Studie der Universität Leeds konnten sogar höhere Erträge nachgewiesen werden. Dazu kommt noch die Nutzungsmöglichkeit der Bäume: Energie- oder Wertholz, Früchte oder Nüsse.

Es gibt eine ganze Reihe interessanter Projekte und Erfahrungen. So kann offensichtlich der Schafbesatz auf einer Agroforstfläche im Vergleich zu einer Wiese mehr als verdoppelt werden und trotzdem nachhaltig bleiben. Die Brandenburger Technische Universität in Cottbus hat positive Ergebnisse mit Kurzumtrieb oder Pappeln in Tagebaufolgelandschaften gemacht. Möglicherweise bieten Agroforstsysteme auch einen Lösungsansatz für die viel diskutierte Flächenkonkurrenz.

Besonders interessant erscheinen die Konzepte im Hinblick auf eine nachhaltige und wirtschaftliche Nutzung von landwirtschaftlichen Grenzstandorten, die zunehmend – bei sinkender öffentlicher Förderung – ganz aus der Produktion fallen. Angesichts der wieder steigenden Nutzungsintensität durch Energieerzeugung aus Biomasse und den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen auf dem Acker ist schon jetzt der Flächenbedarf gestiegen. So weit zu möglichen Potenzialen. Wo stecken die Probleme?

Die Förderpolitik ist auf europäischer Ebene der Agroforstwirtschaft gegenüber offen – so zu finden in Artikel 44 in der EU-Verordnung zur Entwicklung der ländlichen Räume (ELER-Verordnung). Die deutsche Spezifizierung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz gibt dagegen nicht viel her, hier muss nachgebessert werden! Des Weiteren muss das Waldgesetz geändert werden, sollen Agroforstsysteme eine Chance bekommen. Eine klare Abgrenzung von Wald- zu Agroforstflächen ist hier erforderlich. Die Definition, nach der auf einer Agroforstfläche mindestens 50% landwirtschaftliche Kulturen stehen müssen, damit sie nicht als Wald, sondern immer noch als Acker oder Grünland gelten, könnten z. B. übernommen werden.

Aber es bedarf auch zusätzlicher finanzieller Mittel, um die Forschung und Erprobung solcher Agroforstwirtschaftssysteme zu unterstützen. Zumindest eine Prüfung der Potentiale hat aus Sicht der aktuellen Diskussionen über eine sichere Versorgung aus ökologisch erzeugten,

erneuerbaren Energiequellen eine neue Motivation gewonnen. Doch was nützt ein guter Vorschlag, wenn ihn niemand hört? Informationsveranstaltungen, Exkursionen und die Einrichtung einer Kommunikationsstelle würden dazu dienen, die Potentiale der Agroforstwirtschaft bekannt zu machen.

Auf einen Aspekt möchte ich zum Schluss noch kurz Ihre Aufmerksamkeit lenken. Auch

beim Thema nachwachsende Rohstoffe in der Forstwirtschaft droht uns wieder eine Diskussion über die Agro-Gentechnik. Transgene Pappeln und Co. betrachtet DIE LINKE genauso kritisch wie andere genetisch manipulierte Kulturpflanzen. Es gibt andere Lösungen für unsere land- und forstwirtschaftlichen Probleme. Dieser Antrag ist ein gutes Beispiel dafür.

Biodiesel

Trägerisches Grün

*Rettet den Regenwald e. V.
Regenwald Report 03/2006, Hrsg.: Reinhard Behrend, S. 8-12)*

Sattes Grün steht für gesunde Natur. Für die Plantagen zur Palmölgewinnung gilt das nicht. Sie sind Garanten für Waldzerstörung, Landkonflikte, Hunger und Wassermangel. Eine Argumentationshilfe gegen den Biodiesel-Wahnsinn.

Früher waren es ein paar bärtige Hippies, die ihre klapprigen VW-Busse mit aufbereitetem Pommefett antrieben. Inzwischen sind „Bio“-Treibstoffe zum Big Business geworden, die uns mit dem Versprechen angepriesen werden, sie seien die perfekte Lösung gegen die globale Klimaveränderung. Nach dieser Logik brennen jedes Jahr die Regenwälder auf Borneo für einen guten Zweck. Sie machen Platz für lukrative Palmöl-Plantagen, die den Rohstoff für Biodiesel liefern.

Nach Expertenschätzungen wird sich der Bedarf an Treibstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen in den EU-Ländern von jetzt unter fünf Millionen Tonnen auf knapp 14 Millionen Tonnen pro Jahr beinahe verdreifachen. Allein in Europa müssten bis 2010 rund 40 neue Biodieselanlagen und 60 neue Ethanolanlagen mit einer durchschnittlichen Produktionsleistung von jeweils 100 000 Tonnen pro Jahr fertiggestellt sein.

Am meisten Bioenergie wird momentan in Ländern verbraucht, die die Produktion massiv subventionieren, wie etwa China, Brasilien und Schweden.

Verwendet als Rohstoffe werden bisher vor allem „Abfälle“ aus der Forst- und Landwirtschaft, Zuckerrohr, Weizen und Raps. Mittlerweile geht der Trend immer mehr in Richtung Palm- und Sojaöl.

Was bedeutet der Biodiesel-Boom für Umwelt, Natur und Gesundheit?

Zwar vermindern sich durch Biodiesel die CO₂-Emissionen, auf der anderen Seite stehen aber diverse Umweltbelastungen. Anbau, Ernte, Verarbeitung und Transport verbrauchen bereits einen erheblichen Anteil der aus Biodiesel gewinnbaren Energie. „Flächen, auf denen Ethanol oder Biodiesel erzeugt werden, liefern nur einen sehr geringen Nettoenergieertrag“, so Professor Konrad Scheffer, Agrarwissenschaftler von der Universität Kassel. „Die Energie, die für die Erzeugung dieser Rohstoffe benötigt wird, ist fast ebenso groß wie die im gewonnenen Treibstoff aus den angebauten Energiepflanzen. Wir brauchen aber kein Nullsummenspiel, sondern vernünftige Erträge.“

In Deutschland steht derzeit noch ein großflächiger Rapsanbau zur Produktion von Biodiesel im Vordergrund, doch der vermeintliche Umweltsprit wird selbst zum Umweltproblem. Wissenschaftler der Universität Göttingen haben herausgefunden, dass beim Rapsanbau pro Hektar und Jahr bis zu 3,6 Kilogramm Lachgas (Distickstoffoxid) frei gesetzt werden. Das ist als Treibhausgas rund 300-mal so wirksam wie Kohlendioxid. Auch die gesundheitsschädlichen Aldehyd- und Stickoxidemissionen liegen bei Biodiesel höher als bei konventionellem. Zudem belasten Düngemittel und Agrargifte gegen Schädlinge Boden und Gewässer.

In den Werbebotschaften der Produzenten werden Biodiesel und Ethanol als umweltfreundliche Alternativen zu herkömmlichem Treibstoff angepriesen. Biodiesel erfülle durch den nahezu geschlossenen CO₂-Kreislauf die Ziele der Schadstoffminimierung im Rahmen des Kyoto-Protokolls, ist ein Hauptargument.

Die Realität sieht anders aus. Aus Kostengründen und wegen fehlender Flächen sucht die Branche längst in den Tropen nach ölhaltigen Pflanzen. Palmöl-Plantagen sind gleich-

bedeutend mit Regenwaldvernichtung, Menschenrechtsverletzungen, sozialer Ausbeutung und sogar Folter und Morden - insbesondere in Indonesien. In Brasilien werden jedes Jahr mehr als 20 000 Quadratkilometer Amazonaswald für Sojaplantagen vernichtet. Kleinbauern werden vertrieben, Indigene verlieren ihre natürlichen Lebensräume.

Durch die Waldbrände in Indonesien werden in manchen Jahren mehr als eine Milliarde Tonnen CO₂ frei gesetzt, etwa 15 Prozent der weltweit von Menschen verursachten Emissionen mit Kohlendioxid. Durch die Umwandlung in Palmöl-Plantagen verlor der Inselstaat allein auf Sumatra und Borneo vier bis fünf Millionen Hektar Wald. In Malaysia sind seit 1985 solche Plantagen für 87 Prozent der Waldverluste verantwortlich. „Bio“-Diesel aus Palmöl ist nichts anderes als Kahlschlag-Diesel. Damit das Weltklima retten zu wollen, ist mehr als zynisch.

Die Schweizer Sarasin Bank kommt in einer aktuellen Studie zu einem ernüchternden Ergebnis: Biotreibstoffe könnten maximal fünf Prozent des Spritverbrauchs in den USA und der EU liefern. Alles, was darüber hinaus geht, bedrohe die Regenwälder, führe zu sozialen Konflikten in den Anbauländern und stelle eine Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion dar.

Konkurrenz zu Nahrungsmitteln

Neue Satellitenbilder zeigen, dass 40 Prozent der festen Erdoberfläche als Acker- und Weideland genutzt werden. Platz für den Anbau von Energiepflanzen ist nicht vorhanden - außer auf Kosten wertvoller Ökosysteme oder auf Kosten der Welternährung. Wenn, wie das auch manche Umweltschützer fordern, sogenannte Biokraftstoffe weltweit eingesetzt würden, dann würden die meisten landwirtschaftlichen Nutzflächen der Erde nur noch dazu dienen, Autos zu ernähren und nicht Menschen. Bereits heute hungern 800 Millionen Menschen. Die Weltgemeinschaft wird sich nicht zunächst daran machen, diese 800 Millionen Menschen zu ernähren und danach erst so genannte Biokraftstoffe zu produzieren. Der Weltmarkt reagiert auf Geld und auf Profite, nicht auf Bedürfnisse. Menschen, die Autos fahren, haben mehr Geld als Menschen, die hungern. Etwas Ähnliches passiert jetzt schon. Obwohl 800 Millionen Menschen hungern, wird das globale Wachstum im Getreideanbau genutzt, um Tiere zu füttern: Die Anzahl der Farmtiere hat sich seit 1950 verfünffacht. Der Grund liegt darin, dass diejenigen, die Fleisch und Milchprodukte kaufen, mehr Kaufkraft haben als diejenigen, die sich nur Getreide leisten können. Der Konkurrenzkampf zwischen Nahrungsmittelherstellung und Treibstoffgewinnung hat

längst begonnen. Der Lebensmittelkonzern Unilever hat bereits gewarnt, die EU-Pläne zum verstärkten Einsatz von Pflanzenölen bei der Treibstoffherstellung würden dramatische Konsequenzen haben. Die Preise für Lebensmittel wie Margarine würden enorm steigen, Verbraucher würden auf weniger gesunde tierische Fette umsteigen.

Nachdem Malaysia und Indonesien im Juni 2006 angekündigt hatten, fast 40 Prozent ihrer Palmöl-Ernte für die Produktion von Biodiesel zu reservieren, stieg der Preis für Palmöl in zwei Monaten um 20 Prozent.

Wirtschaftsexperten warnten nach der Entscheidung, Palmöl werde unerschwinglich für Verbraucher in armen Ländern wie Indien, China und Pakistan.

Ein weiteres Problem ist die Wasserknappheit. Ende August 2006 haben in einer Studie zur weltweiten UN-Wasserwoche 700 Experten gewarnt, dass der Anbau von Pflanzen für Biokraftstoffe den globalen Bedarf nach Wasser erheblich erhöhen wird. Schon heute leben 1,5 Milliarden Menschen in Regionen, die unter Wassermangel leiden. Bereits 1995 warnte der damalige Vizepräsident der Weltbank, Ismail Serageldin, dass die Kriege des 21. Jahrhunderts nicht mehr um Öl, sondern um Wasser geführt werden.

Besonders alarmierend ist, dass für die landwirtschaftliche Bewässerung zunehmend Grundwasservorräte angezapft werden, die sich, wenn überhaupt, nur sehr langfristig regenerieren. „Wir verbrauchen das Wasser, das unseren Kindern gehört“, kommentiert Lester Brown vom Worldwatch Institute diese prekäre Entwicklung. Kofi Annan warnte bereits, dass bis zu 135 Millionen Menschen in den nächsten Jahren vor Trockenheit aus ihrer Heimat fliehen könnten - in Gebiete, in denen sie mit den Einheimischen um das dort vorhandene Wasser in Konkurrenz treten werden. Der Anbau von Energiepflanzen wird die Entwicklung dramatisch verschärfen.

Biotreibstoffe und Gentechnik

Längst tummeln sich auf dem Markt der Biotreibstoffe auch die großen Ölkonglomerate. BP etwa entwickelt gemeinsam mit dem Chemiegiganten DuPont einen Treibstoff mit dem Namen „Biobutanol“. Dahinter steckt genetisch manipulierter Rohstoff, zum Beispiel Zuckerrohr, als Ausgangsstoff für Biosprit. BP steckt eine halbe Milliarde Dollar in die Erforschung genetisch manipulierter Rohstoffe, die letztlich zu Biodiesel verarbeitet werden sollen. Die Gentechnik-Branche sieht sogar einen ganz neuen Markt, nachdem viele Verbraucher die Produktion von „Frankenstein-Nahrung“ abgelehnt haben.

„Frankenstein-Benzin“, so die Kalkulation, lässt sich womöglich leichter verkaufen, weil es nicht durch den Magen geht.

Die „Frankenstein-Branche“ folgt dem Muster der Atomindustrie, die sich angesichts des Klimawandels wieder als Alternative anbietet. Die Produktion von genetisch veränderten Pflanzen als erneuerbare Quelle für Treibstoffe könne die Technologie hoffähig machen und die Hysterie beenden, die oft mit Gen-Food verbunden gewesen sei, so der Agricultural Biotechnology Council, eine Dachorganisation der wichtigsten Gentechnik-Konzerne.

Das Schweizer Unternehmen Syngenta vermarktet schon genmanipuliertes Korn zur Ethanol-Herstellung, das nicht darauf geprüft wurde, ob es für den menschlichen Verzehr oder als Tierfutter geeignet ist. Syngenta hat für sein Produkt gerade - mit britischer Unterstützung - die Zulassung für die EU beantragt, obwohl der Konzern „nicht ausschließen kann“, dass Teile des Kornes auch im Getreide landen, die für Mensch und Tier bestimmt sind.

Kahlschlag zertifizieren?

Bisher wird Palmöl vor allem in Nahrungs- und Reinigungsmitteln sowie Kosmetika eingesetzt. Die weltweit explosionsartig steigende Nachfrage nach so genannten Biotreibstoffen führt gerade zu einem zweiten Palmöl-Boom. Seitdem läuft auch in Deutschland eine Diskussion, ob mit Hilfe eines geeigneten Zertifizierungssystems der industrielle Einsatz von Palmöl aus sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger Produktion gelingen kann.

Angesichts der Erfahrungen insbesondere in Indonesien ist es absurd, über ein Zertifizierungssystem für eine Branche nachzudenken, die gleichbedeutend ist mit Regenwaldvernichtung, Landvertreibung, Mord, Folter, Kinderarbeit und Vergiftung natürlicher Ressourcen.

Die Fläche für Palmölplantagen ist in Indonesien seit 1985 bis 2005 um 845 Prozent gestiegen. Die Gründe dafür sind die niedrigen Bodenpreise, Korruption, Vetternwirtschaft und das Ziel der Regierung, zum weltgrößten Produzenten aufzusteigen. Die Lizenzen werden meist zum Nachteil der lokalen Bevölkerung vergeben. Die Plantagen werden häufig mit Hilfe von paramilitärischen Gruppen gewaltsam realisiert, die sich für die Interessen der Konzerne einsetzen. Seit 1998 hat die indonesische Umwelt- und Menschenrechtsorganisation „Sawit Watch“ über 500 gewaltsame Übergriffe gegen Zivilisten im Zusammenhang mit Palmölplantagen dokumentiert. Opfer waren jeweils Leute, die lokale Rechte verteidigt haben. Im selben Zeitraum wurden als Folge von Landkonflikten Dutzende Menschen ermordet.

Die Palmen wachsen in Monokulturen, eine Folge ist die Verarmung der Böden, was die Nährstoffe betrifft. Der großflächige Einsatz von Kunstdünger und Agrargiften schadet der Umwelt, er verseucht Wasser und Böden. Durch den enormen Wasserverbrauch der Plantagen werden die Trink- und Nutzwasserressourcen der Lokalbevölkerung zerstört. Außerdem sind die Sumpf- und Torfwälder von Borneo wichtige CO₂-Senken. Werden sie durch Brandrodung zerstört, wird CO₂ frei. Das führt die angeblich neutrale Klimabilanz von Treibstoffen aus Palmöl ad absurdum.

Eine Zertifizierung von Palmöl nach den Kriterien des bereits existierenden „Roundtable“ hat bisher praktisch nichts erreicht. Der Runde Tisch zur nachhaltigen Palmölproduktion wird dominiert von multinationalen Konzernen. Zwar sitzen auch Umweltorganisationen wie Sawit Watch mit am Tisch, aber eher, um durch ihr Engagement das Schlimmste zu verhindern. Bis heute lehnen aus den genannten Gründen auf Graswurzelebene vernetzte indonesische Umweltgruppen wie Sawit Watch oder Walhi einen industriellen Einsatz von Palmöl ab.

Statt Palmöl mit einem Zertifizierungssystem ein grünes Mäntelchen umzuhängen, ist ein EU-weites Gesetz erforderlich, dass die industrielle Energiegewinnung aus tropischen Pflanzen verbietet.

Energie sparen und effizienter nutzen - ein Kinderspiel

Statt fossile Treibstoffe lediglich durch biogene zu ersetzen, gibt es ökologische Alternativen, die technisch machbar sind, den politischen Willen zur Energiewende vorausgesetzt. Die Lösung heißt: Energie einsparen und effizienter nutzen.

Durch den Einsatz optimierter Elektrogeräte und die Nutzung energiesparender Lösungen beim Neubau und bei der Renovierung von Gebäuden und Anlagen könnte Deutschland in den nächsten zehn Jahren seine Treibhausgasemissionen um 160 Millionen Tonnen reduzieren. Mindestens 120 Millionen Tonnen an CO₂-Emissionen könnten dabei mit Gewinn vermieden werden - die Einsparungen für Verbraucher und für die Gesamtwirtschaft wären deutlich höher als die Investitionen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie.

Die EU hat beschlossen, in neun Jahren - beginnend 2008 - neun Prozent der Energie einzusparen. Bis 2020 sollen es insgesamt 20 Prozent sein. Laut Ernst Ulrich von Weizsäcker vom Wuppertaler Klimainstitut sind 40 Prozent drin. Es sei ein Kinderspiel, Autos zu bauen, die weniger als zwei Liter pro hundert Kilometer brauchen, und man könne Häu-

ser so bauen, dass sie praktisch keine externe Energie mehr brauchen.

Andere Länder zeigen uns, wie es geht. Dänemark ist führend bei der Kraftwärmekopplung, Schweden bei der Wärmeisolierung von Häusern, japanische Firmen bieten Autos und Kühlschränke mit halbiertem Energieverbrauch an, die Schweiz hat den Taktverkehr von Bahnen und Bussen bis in die Alpendörfer garantiert, China hat seine Energieeffizienz in rund 15 Jahren verdoppelt, und Kalifornien stellt die Verkehrsampeln konsequent auf Leuchtdioden um, die zirka zehnmal so stromeffizient sind wie klassische Glühbirnen.

Wären alle deutschen Heizungsanlagen hydraulisch abgeglichen, könnten rund eine Milliarde Kubikmeter Erdgas, gut 600 Millionen Liter Heizöl und dazu einige Tonnen Kohle eingespart werden. Voraussetzung: Die Pumpen und Ventile von Heizungsanlagen müssen von Installateuren so eingestellt werden, dass die im Heizkessel erzeugte Wärme optimal genutzt wird. Mit ein paar Handgriffen können pro Anlage gut zehn Prozent Energie gespart werden. Jede Heizung verbraucht zudem sogenannten Pumpenstrom. Heizungspumpen sind in vielen Haushalten sogar der gefräßigste Stromverbraucher. Etwa 20 Millionen gibt es in Deutschland, die den Strom aus zwei Großkraftwerken fressen. Eines könnte abgeschaltet werden, weil es inzwischen Pumpen gibt, die weniger als der Hälfte der alten Modelle benötigen. Die Anschaffungskosten sind nach zwei bis drei Jahren wieder eingespart.

Obwohl Deutschland bei der Energieeffizienz schon weltweit in der Spitzengruppe liegt, befindet es sich immer noch in der Energiesteinzeit. Maschinen, Lampen, Motoren und Heizungen verschlingen im Schnitt zwei Drittel der eingesetzten Energie selbst - nur ein Drittel kommt etwa als Wärme oder Licht beim Verbraucher an.

Nach Angaben des Zentralverbandes Elektrotechnik und Elektronikindustrie wären sieben Kohle- oder Gaskraftwerke überflüssig, wenn nicht nur jeder zwanzigste Motor in den Betrieben, sondern jeder dritte mit einer elektroni-

schen Drehzahlregulierung ausgerüstet wäre. Hätten alle in Supermärkten stehenden Kühl- und Tiefkühlbehälter einen Deckel, könnte ein weiteres Kraftwerk abgeschaltet werden. Wären alle Wohnhäuser besser gedämmt, kämen sie mit zehn Litern Heizöl pro Quadratmeter und Jahr aus - derzeit sind es 20. Und die deutschen Autofahrer könnten ihren Spritverbrauch um 20 Prozent allein durch sparsames Fahren senken und dabei gemeinsam rund neun Milliarden Euro weniger ausgeben.

Deutschland einig Biodieselland

Bei uns läuft das Geschäft mit Energieproduktion aus Palmöl und anderen pflanzlichen Rohstoffen auf Hochtouren. In Schwäbisch Hall wollen die Stadtwerke Ende 2006 eine Fünf-Megawatt-Verstromungsanlage starten, betrieben mit importiertem Palmöl. In Straubing entsteht derzeit die größte Biodiesel-Anlage Süddeutschlands. Für rund 60 Millionen Euro wird dort gebaut. Die Anlage soll eine Produktionskapazität von 200 000 Tonnen Biodiesel pro Jahr erreichen, Produktionsstart ist 2007. In Wiesbaden plant der Industrieparkbetreiber InfraServ die Ansiedlung einer Biodieselproduktion. Verhandelt wird über zwei Anlagen mit einem Volumen von jeweils 100 000 Tonnen. In Marbach am Neckar ist eine Biodieselanlage mit einer Jahresproduktion von 150 000 Tonnen in Planung. Aus Wettbewerbsgründen will der Betreiber nicht auf die Nutzung von Palmöl verzichten. In Emden wollen Investoren ab 2007 jährlich 430 000 Tonnen Palmöl aus Indonesien in einer Raffinerie zu „Bio“-Diesel verarbeiten, das Land Niedersachsen will die Millioneninvestition indirekt mit Steuergeldern fördern (siehe Regenwald Report 2-2006).

Seit Ende 2005 produziert im baden-württembergischen Empfingen ein Biomasse-Kraftwerk Strom, nicht mit Rapsöl - wie ursprünglich geplant - sondern mit Palmöl. Vergleichbare Projekte in der Planung oder bereits in der Realisierungsphase gibt es in dem Bundesland in Mühlacker bei Pforzheim, in Achern und in Böblingen.

Prima Klima mit Biokraftstoffen?

*Rettet den Regenwald e. V.
Regenwald Report 03/2006, Hrsg.: Reinhard Behrend, S. 8-12)
Fragen an Axel Friedrich (Interview: Ralf Kuppe)*

Retten Biokraftstoffe unser Klima?
Die meisten Biokraftstoffe zeigen zwar eine

CO₂-Minderung, die aber meist relativ gering ausfällt. Außerdem sind Biokraftstoffe keineswegs CO₂-neutral, da beim Anbau, beim Transport und bei der Verarbeitung CO₂ freigesetzt wird.

Ist die Produktion der benötigten Biomasse auf den vorhandenen landwirtschaftlichen Flächen der EU möglich?

In Deutschland ist das mit Sicherheit nicht machbar. Wenn sich die EU nach Rumänien, Bulgarien und in andere Länder ausdehnt, dann wird es irgendwo Flächen geben, aber nur, wenn dort ein genauso intensiver Landbau betreiben wird wie hier. Die Frage ist, ob wir dann nicht dort mehr Klimagas erzeugen, als wir über Kraftstoffe am Motor einsparen können.

Bestehen Risiken für die Biodiversität durch Monokulturen?

Generell führt jeder großflächige Anbau von nur einer Sorte nicht zu einer Besserung der Biodiversität. Natürlich bedroht auch der Einsatz von Herbiziden, Fungiziden und Pestiziden die Artenvielfalt.

Gibt es Anwendungen für regenerative Biomasse, mit denen der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert werden kann?

Generell ist die Verwendung von Biomasse im stationären Bereich zur CO₂-Minderung günstiger als im Kraftstoffsektor. Sogenannte Biomassebrennstoffanlagen für Festbrennstoffe wie Holzschnitzel oder Sträucher produzieren weniger CO₂ als Automotoren. Eine optimale Auslegung der Anlagen, insbesondere die gekoppelte Erzeugung von Strom, Wärme und Kälte, sorgt für einen hohen Brennstoffnutzungsgrad und damit für eine Reduzierung der Umweltbelastung.

Welche wirtschaftlichen Folgen hat die wachsende Biokraftstoffproduktion für andere Branchen?

Biokraftstoff kostet mehr als normaler Kraftstoff. Somit erkaufen wir uns die Klimagasminderung mit sehr hohen Kosten. Die Minderung durch Biodiesel kostet irgendwo zwischen 500 bis 700 Euro pro Tonne CO₂, Ethanol aus Weizen noch mehr. Wir sagen: alles was mehr als 30 Euro je Tonne CO₂-Minderung kostet,

ist teuer. Hier verschwende ich Geld, das dem Kreislauf der Volkswirtschaft entzogen wird.

Gibt es Vergleichswerte zwischen natürlichen CO₂-Senken und den Einsparmöglichkeiten bei Biokraftstoffen?

Der Boden des Tropenwaldes speichert etwa 100-mal soviel CO₂, wie durch den Anbau von Zuckerrüben für Ethanol und der anschließenden Verwendung als Biokraftstoff gespart werden könnte. Es bräuchte also 100 Jahre, um den im Boden gespeicherten C-Gehalt zu kompensieren.

Wird durch die Produktion von Biomasse Regenwald zerstört?

Wir haben Hinweise, dass speziell in Brasilien Zuckerrohr auf ehemaligen Weideflächen für Rinder angebaut wird - also eine Umwidmung eines bestehenden landwirtschaftlichen Systems. Die Rinder werden nun intensiver gehalten, und sie brauchen ein Futtermittel. In der Regel ist das Sojakuchen, ein Nebenprodukt aus der Sojaölgewinnung. Das hat Auswirkungen auf die Wälder, weil der Sojaanbau den größten Druck auf den Regenwald erzeugt.

Hat die Vernichtung von Regenwald und in den betreffenden Ländern eine soziale Komponente?

Es gibt Länder, in denen Sammelsysteme in den Urwäldern existieren. Gerade untere soziale Schichten profitieren davon, indem sie Samen und Früchte suchen, um sie zu verkaufen. Dazu kommt die Frage des Tourismus. Durch die Zerstörung von Regenwald wird diesen Ländern auf Dauer eine Einnahmequelle genommen, wobei viele Länder heute schon von diesen Tourismuseinnahmen leben.

Axel Friedrich ist Verkehrsexperte beim Umweltbundesamt und Preisträger des kalifornischen Umweltpreises

Nanotechnologie

Götz Brandt

Warum Information?

Für breite Bevölkerungskreise unbemerkt wird von den Konzernen der Lebensmittelindustrie, Pharmaindustrie und Chemieindustrie eine neue, die Produktqualität revolutionierende Technologie eingeführt: die Nanotechnologie. Offensichtlich hat die Industrie von den Behinderungen und Protesten bei der Einführung der Gentechnologie oder Atomtechnologie gelernt. Nun wird alles möglichst ohne spektakuläre Pressemeldungen im Stillen entwickelt und in die Produktion eingeführt, und damit werden

ohne öffentliche Debatte Fakten geschaffen.

Die Nanotechnologie wird von einigen Forschern sogar als „Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts“ eingeschätzt. Bemerkenswert ist, dass nanotechnologische Forschung die Grenzen der Teilwissenschaften sprengt und Physiker, Chemiker und Mediziner zusammenarbeiten müssen, um zum Erfolg zu kommen.

Deshalb will die Redaktion der „Tarantel“ ihre Leser auf diese Entwicklung aufmerksam machen und in den Grundzügen informieren. Wir stützen uns dabei auf die bisherigen spärlichen Veröffentlichungen.

Was ist Nanotechnologie?

Nanos kommt aus dem Griechischen und bedeutet Zwerg. Der Begriff Nanotechnologie wurde erstmals 1974 von Norio Taniguchi gebraucht. Als Vater der Nanotechnologie gilt aber Richard Feynman, der bereits 1959 auf die technologischen Möglichkeiten der Nanotechnologie hingewiesen hatte.

Nanotechnologie arbeitet mit Hilfe superkleiner Teilchen. Manchmal sind sie nur einige Atome groß und messen millionstel Millimeter im Durchmesser. Ein Nanometer ist ein milliardstel Millimeter. Bis zu einer Strukturgröße von 100 Nanometern werden Teilchen noch zur Nanotechnologie zugerechnet. Nanos sind 1000-mal kleiner als Feinstäube, die als gefährlich eingestuft werden. Nanoteilchen messen weniger als den achthundertsten Teil einer Haaresbreite.

Welche Eigenschaften haben Nanos?

Ein Stoff hat in Nanoform ganz andere Eigenschaften als ursprünglich, denn im Bereich unter 50 Nanometern ändert sich die elektrische Leitfähigkeit, die Löslichkeit, die Farbe und die Magnetfähigkeit. Es gelten nicht mehr die bei Stoffen üblichen physikalischen Gesetze, sondern es gelten die Gesetze der Quantenphysik. Weil ihre Oberfläche im Verhältnis zu ihrer Größe deutlich größer ist, sind Nanopartikeln viel aktiver und kontaktfreudiger, damit natürlich auch gefährlicher. Im Nanobereich werden die Oberflächeneigenschaften wichtiger als die Volumeneigenschaften des Materials. Nanoröhrchen aus feinsten Kohlenstofffasern sind z. B. 100-mal fester als Stahl. Es gibt auch natürliche Nanopartikeln, die aber mit den synthetischen nicht vergleichbar sind. Bei synthetisch hergestellten Nanopartikeln wird nämlich bewusst verhindert, dass sie zusammenklumpen oder sich mit anderen Partikeln verbinden. Die Gesundheitsschädlichkeit von Dieselruß und Feinstaub ist bekannt, die von Nanopartikeln noch nicht untersucht.

Wie werden diese Eigenschaften genutzt?

Zum Beispiel werden Oberflächen superglatt und schmutzabweisend und dadurch können beschichtete Wände Graffiti abhalten. Brillen und Uhrgläser zerkratzen nicht mehr. Autoscheiben und Karosserien weisen Regen und Schmutz ab. Arzneimittel können in Nanohülsen verpackt werden und sind dann nicht mehr auf die Blutbahn zur Verbreitung angewiesen, sondern können direkt in betroffene Körperzellen eindringen und die Medikamente freisetzen, ohne die Immunabwehr auszulösen. An Oberflächen mit Nanobeschichtung siedeln sich keine Krankheitserreger an. Auf

die Oberfläche von Leder werden kleine Duftkapseln angebracht, um dem Leder wieder den Geruch zu geben, den es bei der industriellen Bearbeitung verloren hat (Bayer-Konzern). Folien, die mit luftabhaltenden Nanopartikeln beschichtet sind, halten Lebensmittel länger frisch (Bayer-Konzern). Die Beispiele können fortgesetzt werden, zeigen aber die universellen Einsatzmöglichkeiten der Nanopartikeln.

Welche Industriezweige forschen besonders intensiv an Nanopartikeln?

Großes Interesse hat die **Pharmaindustrie**. Kanadische Wissenschaftler schätzen ein, dass in 10 Jahren 50 % aller Pharmaprodukte in Nanotechnologie hergestellt werden.

Die **Lebensmittelindustrie** wendet bereits die Nanotechnologie an: Mit winzigen unsichtbaren Nanoteilchen aus Titanoxid auf Schokolade und Pralinen können diese länger haltbar gemacht werden (Patent des US-Konzerns Mars). Nanokeramikteilchen lassen Pommes bei niedrigeren Temperaturen und weniger Fettverbrauch gar werden (US-Firma OilFresh). Kieselsäure im Nanoformat lässt Ketchup dickflüssiger werden. Fernziel ist, mit Nanopartikeln den Geschmack und die Farbe der Lebensmittel zu designen (Nanofood).

In der **Chemieindustrie** sind vor allem Anwendungen in der Farbgebung und Oberflächenbeschichtung bekannt.

In der **Autoindustrie** erwartet man selbstreinigende Oberflächen.

In der **Elektronikindustrie** will man eine weitere Miniaturisierung der Halbleiterelektronik und Optoelektronik erreichen.

In der **Medizin** erwartet man neuartige Diagnostika, wie z. B. Kontrastmittel, und Medikamente mit neuartigem Wirkstofftransport und -depot. Es wird bereits von „Nanomedizin“ gesprochen.

Wie fördert die Bundesregierung die Forschung?

Die BRD will weltweit an die Spitze der Nanotechnologieentwicklung, und sie hat gute Chancen. Forschungsministerin Schavan bezeichnet die Nanotechnologie als „Schlüssel- und Querschnittstechnologie von großer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland“ und gibt den Unternehmen jährlich etwa 300 Mio. € für die Forschung im Rahmen des Programms „Nanotechnologie erobert die Märkte“. Nur Japan und die USA fördern diese Technologie stärker. Die EU gibt den Mitgliedsstaaten etwa 3,5 Mrd. € für die Entwicklung dieser Technologie. Nur etwa 1 % der Fördermittel fließen in Verbraucherschutzpro-

jekte. In Deutschland wurde mit einer Verzögerung von 4 Jahren ein Forschungsprojekt zu den Risiken der Nanotechnologie, „NanoCare“, begonnen. Ergebnisse liegen bisher nicht vor.

Welche Risiken hat die Nanotechnologie?

„Im Prinzip müsste man jedes Teilchen für sich charakterisieren und auf seine potentielle Toxizität charakterisieren“ (Wolfgang Luther, BDI). Davon sind wir aber weit entfernt. Wir wissen nicht, wie sich die Nanopartikel im Boden, in den Nahrungsmitteln und im Menschen verhalten und welche Reaktionen sie auslösen. Ähnlich wie bei der Gentechnik sind die langfristigen Auswirkungen auf die Umwelt nicht erforscht, und die Industrie will dafür auch kein Geld ausgeben. Die Regierung verlangt nur Tests der Industrie auf freiwilliger Basis. Es gibt keine allgemein akzeptierten Mess- und Prüfmethode, mit denen sich Nanomaterialien bewerten lassen.

Nanopartikel können, weil sie so winzig sind, durch die Membranen der Zellen schlüpfen und werden deshalb auch schon als „das nächste Asbest“ bezeichnet. Beim Asbest hat es 100 Jahre gedauert, bis man seine Gefährlichkeit erkannt hatte. In einer Studie des Versicherungskonzerns Swiss Re wird eingeschätzt: „Es ist zu befürchten, dass die Nanotechnologie zur Kategorie der revolutionären Risiken mit ursächlich nachweisbarer Schadenfolge gehören wird.“

Bei Tierversuchen wurde festgestellt, dass eingeatmete Nanoteilchen Gesundheitsschäden verursachen. Selbst auf die Haut aufgetragene Nanoteilchen in Cremes und Salben haben sich als gefährlich herausgestellt. Nanopartikel stehen im Verdacht, Krebs zu erzeugen. Münchener Wissenschaftler (GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit in Neuherberg) haben in Rattenversuchen festgestellt, dass eingeatmetes Nanotitandioxid Lungenkrebs auslöst. Über die Lunge und den Magendarmtrakt können Nanopartikel in den Blutkreislauf gelangen und von dort in alle Organe und selbst ins Gehirn, da sie die Blut-Hirn-Schranke überwinden können. Es ist nicht bekannt, ob diese Partikel im Immunsystem als Fremdkörper erkannt werden, ob sie Entzündungen oder Allergien auslösen und wie sich eine Ablagerung in den Organen auswirkt. Bei Mäusen wurde jedenfalls festgestellt, dass DNA-Schäden in Herz und Aorta auftreten. Nanomoleküle aus 60 Kohlenstoffatomen haben im Labor Bodenbakterien abgetötet. Bei einer Konzentration von einem Milligramm Nanopartikel je Liter Wasser wurden Kleinkrebse (Daphnien) innerhalb von 6 Tagen getötet. Das sind nur wenige

Laborergebnisse der völlig ungenügenden Risikoforschung.

Welche Produkte gibt es im Handel?

Eine Hinweispflicht auf den Etiketten von Lebensmitteln ähnlich wie bei Zusatzstoffen, Lebensmittelchemie und Gentechnik ist nicht vorgeschrieben. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Nanopartikel in die Lebensmittel kommen, ohne dass die Verbraucher etwas merken. Die Verbraucher sind die Versuchskaninchen der Lebensmittelkonzerne.

Von den beim europäischen Markenamt registrierten 550 Nanomarken sind nur wenige Lebensmittelmarken. Aber das wird sich schnell ändern.

Welche Forderungen muss die Linkspartei stellen?

- Wir brauchen ein Regelwerk, welches auf dem Vorsorgeprinzip basiert.
- Wir brauchen kontrollierbare und bundeseinheitliche Herstellungs- und Diagnoseverfahren.
- Wir brauchen eine Risikoforschung, die unabhängig von den Konzernen vom Staat finanziert wird.
- Keine staatlichen Gelder zur Finanzierung militärischer Nanoforschung!
- Information der Öffentlichkeit über Forschungsvorhaben und deren Resultate.
- Lebensmittelkennzeichnung und Deklarationspflicht bei Nanoteilcheninhalt und Nanoherstellungstechnologie.
- Standardisierte Testmethoden, um die Giftigkeit der Nanopartikel feststellen zu können.

Literatur

Udo Hörster: „Gefährlich klein“. - „Junge Welt“ 19.10.2006, S. 15

Marita Vollhorn; Vlad Georgescu: „Die Joghurt-Lüge- die unappetitlichen Geschäfte der Lebensmittelindustrie“. - Campus Verlag, Frankfurt 2006

Norbert Schnorbach: „Die Nanoinvasion“. - Securital 6/06 – Forschung & Technik

Hiltrud Breyer: „Risiko Nanotechnologie“. - Alligator 10/06. Rundbrief der Grünen Liga

Niels Boeing: „Zähe Zeitgenossen“. - Technology Review 10.01.2007

Internet

www.etcgroup.org (Internationale Gruppe kritischer Wissenschaftler)

www.bfr.bund.de (Bundesinstitut für Risikobewertung, Postfach 330013, 14405 Berlin, Tel. 030-4124300)

www.ufu.de (Unabhängiges Institut für Umweltfragen, 10405 Berlin, Greifswalder Str. 4, Tel. 030-42849930)

www.nanonet.de
(Technologiezentrum des Vereins Deutscher Ingenieure, Tel. 0211-62140)

Deutschland muss sich auf den Klimawandel einstellen

*Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(Gemeinsame Pressemitteilung mit dem Umweltbundesamt 266/06, Berlin, 17.10.2006)*

Bundesumweltminister Gabriel startet Kompetenzzentrum für Klimafolgen und Anpassung im Umweltbundesamt (17.10.2006)

Die Modellrechnungen und Szenarien der Klimaforscher fügen sich immer schneller zu einem Bild zusammen: Das Klima in Deutschland wird sich bis zum Jahr 2100 spürbar ändern.

Auf Einladung des Umweltbundesamtes (UBA) diskutieren heute in Berlin rund 200 Fachleute aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung über Klimafolgen und die Anpassung an Klimaänderungen. „Es ist höchste Zeit, dass wir uns intensiver mit den Folgen des Klimawandels in Deutschland befassen. Wir müssen uns heute anpassen, um morgen nicht von seinen wirtschaftlichen und sozialen Folgen überrollt zu werden. Hierfür benötigen wir eine gemeinsame nationale Strategie. Alle wichtigen Akteure müssen hierfür mit ins Boot“, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Er gab auf der Veranstaltung zusammen mit UBA-Präsident Prof. Dr. Andreas Troge den Startschuss für das neue „Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung (KomPass)“ im UBA. KomPass soll Fachwissen vernetzen und Entscheidungsträger in Unternehmen und Verwaltung sowie die Öffentlichkeit informieren. „Wir müssen wissen, was uns erwartet. Nur dann können wir uns optimal und zu vertretbaren Kosten an den Klimawandel anpassen“, so UBA-Präsident Troge.

Der Klimawandel macht vor Deutschland nicht halt. Modellrechnungen des UBA lassen einen Anstieg der Jahresmitteltemperatur bis zum Jahr 2100 im Vergleich zum Zeitraum 1961 bis 1990 um 1,5 bis 3,7 Grad Celsius (°C) erwarten. Als sehr wahrscheinlich gilt eine Erwärmung um 2 bis 3 °C, die sich saisonal unterschiedlich stark ausprägen wird. Der größte Temperaturanstieg ist im Winter zu erwarten. Die sommerlichen Niederschläge könnten sich bis zum Jahr 2100 um 30 Prozent verringern. Am stärksten wäre dieser Niederschlagsrückgang im Nordosten und Südwesten Deutschlands ausgeprägt. Dort könnten gegen Ende

dieses Jahrhunderts etwa nur noch zwei Drittel der bisher gewohnten Niederschläge fallen.

Gabriel: „Angesichts des dringenden Handlungsbedarfes hat die Bundesregierung Ende 2005 beschlossen, auf den hervorragenden Grundlagen deutscher Akteure und Institutionen ein nationales Konzept zur Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln. Ziele des nationalen Anpassungskonzepts sind die Festlegung prioritärer Handlungsfelder sowie die Identifizierung und Koordinierung von Maßnahmen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.“

Was sind mögliche Folgen dieser Klimaänderungen? Die Land- und Forstwirtschaft etwa – die schon heute vor allem im Nordosten Deutschlands mit Trockenperioden zu kämpfen hat – müsste mit noch weniger Wasser auskommen. Für die Bevölkerung könnte es im Sommer neben größerer Hitze am Tag mehr „Tropennächte“ geben: Dies sind Nächte, in denen die Temperatur nicht unter 20 °C sinkt. Klimatisch bedingte Gesundheitsbeschwerden wie Herz-Kreislauf-Probleme – vor allem bei alten und kranken Menschen – könnten die Folge sein.

Unternehmen, Staat sowie Bürgerinnen und Bürger müssen sich rechtzeitig an diese und andere Veränderungen anpassen – aber wie? Im Hochwasserschutz etwa wären veränderte Niederschläge beim Bau neuer Deiche, Schutzmauern oder Rückhaltebecken zu berücksichtigen. Im Gesundheitswesen können bei Hitzewellen Warnsysteme und Notfallpläne die Arbeit der Krankenhäuser oder Altenheime vereinfachen. Die Land- und Forstwirtschaft wird verstärkt Pflanzen anbauen müssen, die geänderten Temperaturen und Niederschlägen angepasst sind.

Kurz gesagt: Der Klimawandel wird unsere täglichen Lebensgewohnheiten ändern und viele Wirtschaftsbereiche betreffen – neben der Land- und Forstwirtschaft auch den Tourismus, die Energiewirtschaft oder das Versicherungswesen. Diese Anpassungserfordernisse sind eine Hypothek des nicht ausreichenden Klimaschutzes in der Vergangenheit. Jetzt gilt es, in den Anstrengungen zum Klimaschutz nicht nachzulassen, sonst fällt uns die Anpassung noch schwieriger: „Eine zeitgemäße Klimapolitik steht auf zwei Säulen: Anpassung an die heute unvermeidbaren Folgen des

Treibhauseffekts und deutliche Minderung der Treibhausgasemissionen, um in den kommenden Jahrzehnten extreme Nachteile des Klimawandels und Anpassungserfordernisse zu vermeiden“, so UBA-Präsident Troge.

Das UBA hält es für technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll, den Ausstoß der Treibhausgase in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 zu verringern. Eine deutlich höhere Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien sind wichtige Chancen, unser Klima zu schonen. „Das Ziel unser Maßnahmen muss es sein, durch weniger Treibhausgase den Temperaturanstieg weltweit bis 2050 auf höchstens zwei Grad zu begrenzen. Damit würden die treibhausbedingte Temperaturerhöhung und die von ihr ausgehende Ver-

schlechterung der Lebensbedingungen weniger drastisch“, so Troge.

Nichtstun beim Klimaschutz ist teuer: Allein die Schäden extremer Wetterereignisse der vergangenen zehn Jahre belaufen sich in Deutschland auf etwa 16,5 Milliarden Euro. Nach ersten Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) könnten diese Kosten in Deutschland bis 2050 auf jährlich 27 Milliarden Euro steigen. Positiv: Weltweit liegen die Kosten für anspruchsvollen Klimaschutz bis zum Jahr 2100 bei durchschnittlich nur einem Prozent der globalen Wirtschaftsleistung; die ökonomischen Schäden eines ungebremsten Klimawandels könnten dagegen im selben Zeitraum bis zu zehn Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung ausmachen.

Energiepolitik

„Clean Coal“ – Kohlekraftwerke ohne Klimafrevel?

Uwe Witt

Die Abtrennung von CO₂ und die Speicherung des Klimakillers im Untergrund - Brückentechnologie oder Irrweg?

Ein neuer Anglizismus schraubt sich durch die Klimadebatte: „Clean Coal“ - saubere Kohle. Es ist das Modewort für eine Verheißung, die sich „emissionsfreies Kraftwerk“ nennt. Spätestens im Jahr 2020 soll sie Realität werden. Zumindest nach dem Willen verschiedener Energiekonzerne. So will Vattenfall Europe bis 2008 die weltweit erste Pilotanlage am Kraftwerk „Schwarze Pumpe“ bei Spremberg aufbauen. Momentan wird dort bei der Braunkohleverstromung noch ein Kilogramm des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) je Kilowattstunde (kWh) in die Luft geblasen. In der geplanten Forschungsanlage soll die Kohle mit einem Gemisch aus Sauerstoff und rezyklierten Verbrennungsgasen verheizt werden. In diesem Prozess wird das CO₂ abgespalten und verflüssigt. Sollte dies zu vertretbaren Kosten gelingen, steht sofort ein zweites Problem: Wohin mit dem Klimamüll?

Der Vorschlag einiger Energieversorger klingt schlüssig: Dorthin, wo auch Erdgas seit Millionen von Jahren fest und sicher eingeschlossen ist – unter die Erde. Bereits seit den fünfziger Jahren wird vor allem in Nordamerika Kohlendioxid aus natürlichen CO₂-Lagerstätten in Ölfelder injiziert. Das Öl wird dadurch flüssiger und die Ausbeute höher. Allerdings sprudelt

das meiste Gas anschließend gemeinsam mit Öl wieder aus den Bohrlöchern.

Erweist sich Kohlendioxid bei der Erdölförderung als nützlich, so ist es beim Erdgas höchst unerwünscht. Normalerweise wird das im Naturgas enthaltene CO₂ abgetrennt und in die Atmosphäre geblasen. Seit 1996 geht der norwegische Statoil-Konzern jedoch einen anderen Weg. Von einer Plattform im Sleipner-Gasfeld in der Nordsee werden jährlich eine Million Tonnen des bei der Förderung anfallenden Klimagases zurück unter den Meeresboden verpresst. So spart das Unternehmen täglich 134 000 Euro CO₂-Steuern. Das poröse Aufnahme-gestein 1 000 Meter unter dem Meeresboden liegt oberhalb des Erdgasfeldes und wird von gasdichten Gesteinen abgedeckt.

Seit Mai letzten Jahres betreibt BP ein ähnliches Vorhaben am Festland als Demonstrationsprojekt: Im algerischen Wüstengebiet In Salah wird das verflüssigte Kohlendioxid unweit der Förderanlage in einer Tiefe von zwei Kilometern in eine Salzwasserschicht gepresst. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover sieht keine grundsätzlichen Probleme, auch in Deutschland komprimiertes CO₂ in geeigneten geologische Formationen zu lagern. Diese liegen unterhalb von 1 000 Meter Tiefe, wo ein Druck von mindestens 80 Bar herrscht. So bleibt das Kohlendioxid flüssig. Franz May, wissenschaftlicher Mitarbeiter im BGR-Referat Energierohstoffe, nimmt für die Bundesrepublik ein theo-

retisches Speicherpotential von 2,3 Milliarden Tonnen CO₂ im porösen Gestein alter Öl- und Gasfelder an. Hinzu kämen 20 Milliarden „plusminus 8 Milliarden Tonnen“ in sogenannten Aquiferen. Das sind Gesteinsschichten, die heißes salzreiches Tiefenwasser führen. Sie befinden sich vor allem in der norddeutschen Tiefebene. Die Bundesanstalt bearbeitet gerade ein EU-Projekt, in dem unter anderem die Eignung eines Aquiferes unweit des Bombodroms bei Wittstock als unterirdisches CO₂-Lager in einem „Sandkastenspiel“ untersucht wird. Dort könnte beispielsweise das verflüssigte CO₂-Fluid der Schwarzen Pumpe verpresst werden. Auch in Ketzin, südlich von Berlin, wird probegebohrt.

Generell seien die Deckschichten in der Bundesrepublik sehr gut, sagt May. „Bei einem ordnungsgemäß betriebenen Speicher dürfte kein CO₂ an die Oberfläche kommen.“ Trotzdem ließen sich nicht alle potentiellen Lagerstätten tatsächlich nutzen. Die Langzeitsicherheit sei noch nicht hinreichend geklärt. „Insgesamt ist im Moment schwer einzuschätzen, inwieweit eine Lagerung technisch-ökonomisch sinnvoll und politisch erwünscht ist“, so der BGR-Experte.

Genau das ist das Thema der Greenpeace-Klimaexpertin Gabriela von Goerne. Sie hält die vielen alten Bohrlöcher für ein großes Risiko: Es sei nicht sicher, ob der einst zur Abdichtung verwendete Beton der aggressiven Kohlenensäure standhalte, welche infolge der CO₂-Speicherung entstehen würde. Allein in Norddeutschland gebe es mehrere zehntausend Bohrlöcher, von denen manche bis heute nicht verfüllt seien. Zudem könnten sich Konflikte mit der geplanten Nutzung der Erdwärme als erneuerbare Energie ergeben: „Wenn man sehr heißes Wasser für die Stromerzeugung fördern will, dann müssen die Bohrlöcher bis in drei oder vier Kilometer Tiefe gesetzt werden. Sie würden also durch die CO₂-Felder in den Aquiferen hindurchgehen. Das ist aber aus Sicherheitsgründen ausgeschlossen“, so von Goerne.

Erdwärmenutzung und CO₂-Speicherung könnten sich auch begünstigen, entgegnet BGR-Mann May: Durch dieselbe Bohrung, die zur Wärmerförderung benutzt würde, könnte anschließend Kohlendioxid verpresst werden. Infolge der Wärmerförderung wäre zudem die Temperatur in den für die CO₂-Speicherung vorgesehenen Schichten niedriger als vorher. Das wäre ebenfalls vorteilhaft für die CO₂-Verpressung, weil dadurch die Löslichkeit des CO₂ im Lagerstätten-Wasser ansteigt. So könnte je Kubikmeter Lagerstätte mehr CO₂ gespeichert werden.

Eine gerade veröffentlichte Studie über Probe-

verpressungen in Texas hat bei „Clean Coal“-Optimisten jedoch für Unruhe gesorgt. Dort änderte das Kohlendioxid den pH-Wert des Tiefenwassers so stark, dass das darüber liegende Gestein Risse bekam. Ein Vertreter des Potsdamer Geoforschungsinstituts (GFZ) meinte aber jüngst auf einer Tagung zu Kohlenstoffabtrennung und -speicherung (CCS) in Berlin, solche Risse würden sich wahrscheinlich wieder von allein schließen.

Bei derlei Nebel kommt für die Umweltschützer allenfalls ein Teil der ehemaligen Gas- und Erdölfelder als CO₂-Lager in Frage. Weil die aber rechnerisch schon innerhalb von sieben Jahren mit allen deutschen Kraftwerksemissionen gefüllt wären, sei ein emissionsfreier Kohlekraftwerkspark letztlich Phantasie. Auch die LINKE im Bundestag ist überzeugt: Das Konzept behindert den schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung, die Technologie kann allenfalls eine Zwischenlösung sein, wenn der Weg in eine solare Wirtschaft unumkehrbar eingeschlagen ist.

Tatsächlich werden im Moment aber neue Kohlekraftwerke beantragt und genehmigt. Und zwar ohne CCS, denn die gibt es ja noch nicht. Gäbe es sie, so müsste die CO₂-Abtrennung im Kraftwerksprozess mit einem Verlust des eben mühsam mit ingenieurtechnischer Finesse auf knapp über 40 Prozent angehobenen Wirkungsgrads der Anlagen bezahlt werden. Dieser würde dann wieder auf unter 30 Prozent fallen. Für die selbe Menge Strom muss also noch mehr Kohle verfeuert werden - mit allen Folgen für Grundwasserspiegel und sonstigen Naturhaushalt.

Wenn sich einige deutschen Kohleregionen für CCS als Zukunftstechnologie stark machen, sollten die Betreffenden auch eins bedenken: Die Kopplung von Emissionsabscheidung im Kraftwerksbereich und Verpressung in den Untergrund würde eine neue Kraftwerksgeografie erfordern. Unterirdische Speicher stehen beispielsweise in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht zur Verfügung. Der Transport verflüssigten Kohlendioxids zur Speicherung in vielleicht geeignete geologische Formationen, etwa der norddeutschen Tiefebene, wäre unbezahlbar.

Dass CCS selbst dann teuer wird, wenn Speicherformationen in Kraftwerksnähe vorhanden sind, dürfte klar sein. Abscheidung, Verflüssigung, Transport und Verpressung der Klimakiller sind nicht umsonst zu haben. Schätzungen gehen von Kosten in Höhe von 20 bis 90 Euro je Tonne CO₂ aus. Auch deshalb ist unsicher, ob die Technologie zukunftsfähig sein wird. Manfred Fishedick vom Wuppertal Institut rechnet beispielsweise mit folgendem Verhältnis: Sollten die technische Eckdaten der geplanten CCS-Technologien in Kraftwerken er-

reicht werden, so würden die Stromkosten von Steinkohlestrom mit CCS im Jahr 2020 schätzungsweise bei 7,0-7,8 ct/kWh liegen. Strom aus Erdgas läge bei 6,1-7,0 ct/kWh. Die Stromerzeugung mit CCS läge damit im Bereich zukünftiger Kosten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, sofern die Brennstoffpreise langfristig nur moderat steigen würden. Genau diese mögliche Überschneidung halten viele Umweltorganisationen und die LINKE für gefährlich: Die CO₂-Abscheidung und -Speicherung tritt in Sachen Klimaschutz künftig wirtschaftlich in Konkurrenz zur weltweiten Nutzung erneuerbarer Energieträger. Mit dieser Perspektive könnten die CCS-Technologien Unmengen Investitions- und Forschungsressourcen binden. Vor allem auch deshalb, weil die Nutzung fossiler Rohstoffe mit CCS verlängert würde und es dafür logischerweise eine starke Lobby der Energiekonzerne gibt. „CCS könnte den Pfad in Richtung eines wirklich nachhaltigen solaren Zeitalters verbauen“, befürchtet Eva Bulling-Schröter, die umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE

LINKE. Ähnlich auch der EX-CDU-Umweltminister und ehemalige UNEP-Chef Klaus Töpfer und der Energiewissenschaftler Felix Matthes vom Ökoinstitut. Beide warnten eindringlich auf besagter CCS-Tagung Anfang November: Es kann sein, dass wir CCS irgendwann als Zwischenlösung brauchen, um den Klimakollaps zu verhindern. Politisch besteht aber die enorme Gefahr, dass das Technologienversprechen von der fossilen Energie-lobby als Freifahrtsschein missbraucht wird. Und zwar dafür, neue Kohlemeiler und Tagebaue in die Landschaft zu rammen.

Weiterführende Links:

<http://www.wupperinst.org/ccs>
CCS-Forschungsvorhaben des Wuppertal Instituts
<http://www.fz-juelich.de/ptj/projekte/index.php?index=1325>
Coorotec-Forschungsverbundprojekt mit CCS als Schwerpunkt

Schwedischer Atomkonzern übernimmt deutsches Umweltministerium

Presseerklärung der WASG Nordrhein-Westfalen 07.12.2006

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hat eine Fehlentscheidung getroffen, wie sie krasser kaum ausfallen könnte. Gabriel berief Lars G. Josefsson, den Chef des schwedischen Atomkonzerns Vattenfall, zum Klimaschutzbeauftragten der Bundesregierung. „Die SPD könnte kaum deutlicher dokumentieren, dass sie den viel zu langfristig angesetzten Atomausstieg der rot-grünen Koalition niemals ernst genommen und die Grünen am Nasenring durch die Republik gezerrt hat,“ so Umweltexperte Utz Kowalewski von der Landesarbeitsgruppe Umwelt der WASG-NRW am Rande eines Koordinierungstreffen von WASG und nordrhein-westfälischer Anti-Atombewegung am 4. Dezember im westfälischen Münster.

In einem Interview mit der Welt vom 04.01.2006 erläuterte Josefsson seine speziellen Ansichten zur Atompolitik: „Ich halte Kernkraft für eine gute, saubere und sichere Technologie. In Schweden erhöhen wir gerade die Leistung unserer Kernkraftanlagen um 15 Pro-

15 Prozent. Wenn Sie so wollen, investieren wir also bereits wieder in die Kernkraft.“ Auch neue Kernkraftwerke in Deutschland hält der neue Mitarbeiter der Bundesregierung für sinnvoll und macht auch vor absurden Spekulationen nicht halt: „Die Mehrheit der Bevölkerung hält Kernkraftwerke inzwischen wieder für gut.“ Die Realität sieht anders aus, wie auch der beinahe GAU im schwedischen AKW Forsmark, nahe der Großstadt Stockholm, Ende Juli diesen Jahres unterstreicht.

Thies Gleis, umweltpolitischer Sprecher des WASG-Bundesvorstandes, kritisiert, dass mit dieser Entscheidung der Bock zum Gärtner gemacht wird. „Nicht nur, dass Sigmar Gabriel beim Braunkohle-Emissionshandel immer stärker in die Kritik gerät – nun steuert er seine Partei auch noch auf einen Kurs, der sie zur Atompartei werden lässt.“ Auch Andree Böhling, Energieexperte von Greenpeace, kritisiert die Entscheidung auf den Internetseiten von Greenpeace Deutschland: „Den Chef eines Konzerns, der für den Abbau und die Verstromung von Braunkohle steht, dem klimaschädlichsten Energieträger überhaupt, zum Klimaschutzbeauftragten zu machen, das ist dreist.“

WASG gegen Urananreicherung

Presseerklärung der WASG Nordrhein-Westfalen 13.01.2007

Die Funktionsträger der WASG NRW lehnen den Ausbau der Urananreicherung im grenznahen niederländischen Almelo ab. Die Betreiberfirma Urenco betreibt auch die Urananreicherungsanlage im münsterländischen Gronau nur wenige Kilometer entfernt. Derzeit läuft das Antragsverfahren, mit dem Urenco die Produktion auf 4 500 t Urantrennarbeit erweitern möchte. Damit ließen sich rund 35 Atomkraftwerke betreiben. In den Niederlanden gibt es aber nur einen einzigen Leistungsreaktor – das angereicherte Uran ist also für den Export bestimmt. Die Politiker der WASG haben das zuständige Ministerium in Den Haag auf einer eigens dafür erstellten Unterschriftenliste zur Ablehnung des Ausbautrages aufgefordert. „Damit solidarisiert sich die WASG NRW mit der Unterschriftensammlung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. und dem Arbeitskreis Umwelt Gronau und den berechtigten Forderungen nach einem raschen Atomausstieg“, erklärt der Initiator der Unterschriftensammlung

bei der WASG Utz Kowalewski vom Landesarbeitskreis Umwelt der WASG NRW.

Auf der Unterschriftenliste sind neben der Landessprecherin Katharina Schwabedissen und Landesschatzmeister Helmut Eigen auch die nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten Hüssein Aydin aus Duisburg und Inge Höger-Neuling aus Herford zu finden. Auch der Herner Jürgen Klute und der Kölner Thies Gleis vom Bundesvorstand der WASG haben die Unterschriftenaktion unterstützt, ebenso wie über 50 Kreissprecher und Landesvorstandsmitglieder aus ganz NRW. Peter Sacher von der Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm freut sich über das energiepolitische Engagement der WASG: „Nachdem alle Welt dachte, mit Rot-Grün würde der Atomausstieg besiegelt, ist mit der großen Koalition klar geworden, dass dem nicht so ist. Deshalb haben wir lange vergeblich nach einer Partei gesucht, die ohne große ideologische Hürden aufzubauen, einen raschen Atomausstieg unterstützt. Und die WASG ist derzeit die einzige demokratische Partei, die bereit ist, schneller und konsequenter aus der Atomkraft auszusteigen, als es Schröder und Fischer mit den Lobbyisten der Atomwirtschaft ausgehandelt haben.“

Grüne fordern die Einführung eines Wärmegesetzes

Hans-Josef Fell (www.hans-josef-fell.de)

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Antrag beschlossen, der die Bundesregierung zur Vorlage eines Erneuerbaren-Energien-Wärmegesetz (EEW) auffordert (13.12.2006)

Der Antrag wird noch in dieser Woche in den Bundestag eingebracht. Die Bundesregierung soll bis März 2007 einen Entwurf eines ordnungsrechtlichen Wärmegesetzes vorlegen.

Hintergrund des bündnisgrünen Antrages ist die vorläufige Absage eines Wärmegesetzes durch den Bundesumweltminister. Überlegungen des Bundesumweltministeriums, lediglich eine gesonderte Regelung für öffentliche Gebäude einzuführen, gehen nicht weit genug.

Kurzinhalt des Antrages:

Aufgrund großer Mengen Klimagase, die bei der Wärmezeugung freigesetzt werden, sowie absehbar weiter steigender Kosten beim Erdöl und Erdgas soll in Deutschland zukunftsorientiert in Wärmeanlagen mit erneuerbaren Energien investiert werden. Ein ver-

mehrter Ausbau von solarer oder geothermischer Wärme würde auch die Verbraucher vor immer weiter steigenden Heizkosten schützen. Da die Primärenergien Sonne und Erdwärme im Gegensatz zu Erdöl und Erdgas kostenlos sind, werden auch die ständigen Preissteigerungen verhindert.

Der Antrag verfolgt einen ordnungsrechtlichen Ansatz. D. h., Betreiber neu errichteter Wärmezeugungsanlagen und Betreiber, die bestehende Anlagen austauschen oder modernisieren, sollen einen Mindestanteil ihrer Wärme aus regenerativen Energiequellen decken. Dies gilt auch für die Betreiber von Wärmenetzen.

Um einen wirklichen Beitrag zum Klimaschutz zu erzielen, fordern wir mit Hilfe des EEW, den Anteil für regenerative Wärme und Kühlung von heute 5 % bis 2020 auf mindestens 25 % und bis 2030 auf mindestens 50 % zu steigern. Offensichtlich ist, dass die heutige Förderung über das Marktanreizprogramm (MAP) nur zu einem Bruchteil zur Zielerreichung beitragen kann. Selbst die Bundesregierung erhofft sich

dadurch lediglich eine Steigerung von heute 5 % auf 7 % im Jahre 2020. Diese steht jedoch in keinem Verhältnis zum vorhandenen Potenzial und dem Handlungsbedarf beim Klimaschutz und der Energieversorgungssicherheit.

Gerade der aktuelle Haushaltsstopp und die viel zu geringe Mittelausstattung des MAP für 2007 zeigen auf, dass die Wärmebranche keine verlässliche Rahmenbedingung hat.

Ökobilanz von Schwarz-Rot fällt sehr dürrtig aus

Deutscher Naturschutzring (DNR), Pressemitteilung 26/2006, Bonn, den 17.11.2006

Enttäuscht äußerte sich heute der Deutsche Naturschutzring (DNR) bei seiner Jahresbilanz über die Erfolge der Großen Koalition im Umweltschutz. „Es gibt nur wenige Lichtblicke, dafür aber viele Rückschläge und Enttäuschungen,“ sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Zufrieden zeigte sich der DNR mit der Entscheidung der Regierung, am Atomausstieg festzuhalten. Die Übertragung von Restlaufzeiten neuer auf ältere AKW dürfe aber nicht erfolgen, sagte Weinzierl. Unterstützung durch den DNR findet auch der Vorstoß von Bundesumweltminister Gabriel, bei der deutschen Doppelpräsidentschaft in der EU und beim G8-Gipfel das Thema Energieeffizienz und erneuerbare Energien voranzubringen. Ein geschickter Schachzug der Bundesregierung sei es auch, die nächste weltweite Vertragsstaatenkonferenz der Konventionen über biologische Vielfalt im Mai 2008 nach Deutschland zu holen. Allerdings sei es unglaublich, dass Deutschland immer noch keine Biodiversitätsstrategie habe, schimpfte Weinzierl. Angesichts der dramatischen Situation beim Klimaschutz verstehe er nicht, warum Bundesum-

weltminister Gabriel ausgerechnet die Betreiber von Kohlekraftwerken mit der Zuteilung kostenloser Verschmutzungsrechte begünstige. Erforderlich sei die von der EU dringlich geforderte Verringerung von 10 % der Emissionsrechte. Der zu erzielende Erlös könne für Energieeffizienzmaßnahmen eingesetzt werden. Kritik übte der DNR an der Ausdehnung von Befreiungstatbeständen bei der Ökosteuer zugunsten der Industrie. Besonders krass sei das Einknicken der Regierung auch gegenüber der Automobilindustrie. Die freiwillige Verpflichtung der europäischen Autobauer, bis 2008 bei Neufahrzeugen den CO₂-Ausstoß auf 140 Gramm je Kilometer zu reduzieren, werde weit verfehlt. Statt hier Augenwischerei zu betreiben und Biokraftstoffe beizumischen, sei eine verbindliche Regelung zur CO₂-Verminderung erforderlich, sagte Weinzierl. Außerdem sei angesichts der dramatischen Klimasituation endlich auch in Deutschland ein Tempolimit einzuführen.

Weitere Informationen Dr. Helmut Röscheisen, Generalsekretär Deutscher Naturschutzring Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn Tel. 0228-359005, info@dnr.de, www.dnr.de

Leserbrief zum Beitrag: „Demokratischer Sozialismus gehört ins Programm“ (Tarantel 35)

Saral Sarkar

Sinngemäß wird Michael Brie von Petra Pau zitiert, die PDS hätte noch nie ein so schlechtes Programm wie diese Eckpunkte. Aber Besseres sei derzeit wohl nicht zu haben. Pau protestiert dagegen, was sehr gut ist. Aber sie hat, zumindest in dieser Rede, nicht darüber reflektiert, warum Brie so denkt.

Ich denke, ich kann auf Grund meiner langjährigen politischen Erfahrung in Indien und Westdeutschland erklären, warum Brie so denkt. Immer, wenn sich bei einer sozialistischen oder kommunistischen Partei das Primat

des Wahlerfolgs und danach, bei gegebener Gelegenheit, das Primat der Regierungsbildung bzw. -beteiligung etabliert hat, ist das Programm von sekundärer Bedeutung. Wenn mit einem **echt** sozialistischen Programm die 5 %-Hürde nicht zu nehmen ist oder eine Regierungsbeteiligung unmöglich ist, dann gibt sich die Partei einfach ein sozialdemokratisches Programm, mit dem die Wahlchancen viel besser sind. Das ist genau der Fall mit der PDS. Die Grünen haben schon in den 80er Jahren eine ähnliche Wende vollzogen, als sie ihre echt ökologischen Positionen über Bord warfen.

Wenn die PDS jetzt wegen des Primats des Wahlerfolgs unbedingt mit der WASG fusionieren muss, mit dieser Partei, in der ehemalige SPD-Leute dominieren, dann darf sie keine echt sozialistische Partei sein. Solange sie SPD-Mitglieder waren, haben Lafontaine und

Co. keine sozialistische Vision vertreten. Sie haben sich nur für eine keynesianische und einigermaßen arbeiterfreundliche Politik stark gemacht, sonst nichts. Wie wir wissen, wollte Keynes mit seinen wirtschaftspolitischen Ideen nur den Kapitalismus retten. Eigentlich hat auch die PDS mit ihrem letzten Grundsatzprogramm, also schon bevor die Fusion mit der WASG notwendig wurde, den Kapitalismus akzeptiert, wie die SPD im letzten Jahrhundert. Das heißt, wenn die PDS eine echt sozialistische Partei sein wollte, müsste sie das Primat des Wahlerfolgs verwerfen, erst recht, gegebenenfalls, das Primat der Regierungsbeteiligung. Zur Zeit gibt es aber unter den Mitgliedern dafür keine Mehrheit.

Pau zitiert Christine Buchholz, die fürchtet, es könnte Widersprüche zwischen Tagespolitik und linker Programmatik geben. Darauf reagiert Pau lapidar mit dem Satz: „Das ist so.“ Sie akzeptiert also einen solchen Widerspruch und fragt nicht, warum das so sein muss. Das muss so sein, weil für die PDS und die noch zu gründende linke Partei das Primat der Regierungsbeteiligung (auch als Juniorpartner) gilt. Nennenswerte Macht haben die Genossen in Schwerin und Berlin nicht, aber sie haben etliche Posten. Es gilt, sie zu erhalten. Pau denkt, den von Christine Buchholz gefürchteten Widerspruch problemlos aushalten zu können. Da irrt sie sich. Hier hat Buchholz recht. Wir haben erlebt, wie sich die PDS wegen des Widerspruchs zwischen ihrer Tagespolitik in Berlin und ihrer linken Rhetorik lächerlich gemacht hat (*und eine eklatante Wahlniederlage erlitten hat - d. Red.*).

Nicht nur bei Pau, sondern in der ganzen Welt herrscht ein begriffliches Durcheinander. Man weiß nicht, was links ist und was sozialistisch. Pau benutzt die Begriffe abwechselnd, als wären sie gleichbedeutend. Das ist falsch, dieses Durcheinander muss beseitigt werden. Der Begriff „links“ ist sehr vage. Ein Linker ist heutzutage jeder, der ein bisschen gegen den Neoliberalismus, ein bisschen für den Keynesianismus und ein bisschen sozialer und arbeiterfreundlicher als die Konservativen ist. Als Sozialist sollte aber nur einer bezeichnet werden, der gegen das **System Kapitalismus** kämpft und längerfristig eine sozialistische Gesellschaft aufbauen will, dessen Hauptmerkmal (nicht das einzige) kollektives Eigentum an Produktionsmitteln ist.

Auch der Begriff „Gleichheit“, der auch in den von Pau kritisierten Eckpunkten benutzt wird, ist zu vage. Er kann leicht reduziert werden auf bloße Gleichheit vor dem Gesetz und bloße Chancengleichheit. Sozialisten sollten aber darunter auch **materielle** Gleichheit verstehen. Das mag zu den langfristigen Zielen gehören.

Aber in Westdeutschland wurde dieses Ziel schon in den 80er Jahren teilweise verwirklicht, zum Beispiel in der taz, wo alle den gleichen Lohn bekamen.

Die Frage ist nun: Was will Pau sein, eine etwas radikalere Linke als Brie und Buchholz oder eine Sozialistin?

Pau empört sich über einen Satz in den programmatischen Eckpunkten (Seite 1, Spalte 2) und sagt: „Der ‚demokratische Sozialismus‘ wird (damit) zur Privatsache erklärt.“ Was heißt das? Wäre Pau zufrieden, wenn im Programm der neuzugründenden Partei irgendwo ein Satz zu lesen wäre, der besagt, die Zukunftsvision der Partei sei demokratischer Sozialismus? Wenn sie das meint, dann könnte sie doch auch mit der SPD zufrieden sein, in deren Grundsatzprogramm irgendwo auch steht, dass der Sozialismus ihr Ziel sei.

In Frankreich und Spanien gibt es zwei große Parteien, die oft regiert haben und die sich sogar ausdrücklich „sozialistische Partei“ nennen. Sollten wir also mit der Politik dieser zwei Parteien sehr zufrieden sein? Ich bin sicher, Pau wird dazu Nein sagen. Was ich damit sagen will, ist, dass Pau aufhören soll, auf den Wortlaut des Parteiprogramms allzu viel Wert zu legen. Erfahrungsgemäss liest nicht einmal die Mehrheit der Mitglieder einer Partei das Parteiprogramm. Sympathisanten und Wähler lesen es überhaupt nicht. Es ist allein die **tatsächliche** Politik - sowohl in den Parlamenten als auch draußen in der Öffentlichkeit, die zählt. Zum Beispiel: Würde Gysi im Fernsehen sagen, dass er längerfristig zumindest die großen Konzerne verstaatlichen/vergesellschaften will? Würden die Grünen im Fernsehen sagen, dass sie die private Motorisierung stark drosseln wollen?

Die bittere Wahrheit ist: Weder die neue Partei (PDS + WASG) noch die Grünen würden so eine offene Aussage machen. Die große Mehrheit der PDS-Mitglieder (auch die der spanischen und französischen sozialistischen Partei) hat sich inzwischen mit dem Kapitalismus abgefunden; die der Grünen (in ganz Europa) mit dem Industrialismus. Offene Bekenntnisse zum echten Sozialismus oder zur echten ökologischen Politik, erst recht zu einer Synthese von beiden, dem Ökosozialismus, wird die Wahlchancen stark schmälern, noch einige Zeit lang.

In dieser Situation bleibt den echten Sozialisten nichts anderes übrig, als sich **individuell** oder als Teil einer kleinen Gruppe für den Sozialismus zu engagieren. Das ist nicht das Gleiche, wie den Sozialismus zur Privatsache zu machen. Ob man dann noch Mitglied in einer „sozialistischen“ Partei bleibt oder nicht, ist keine wichtige Frage.

Pau hat recht, wenn sie sagt: „Die Chance für eine neue Linke ist historisch“. Nur, sie hätte angesichts der Vagheit des Begriffs „Linke“ von einer historischen Chance für eine neue sozialistische Bewegung/Partei reden sollen. Tatsächlich scheidet der Kapitalismus vor unseren Augen. Er ist nicht mehr imstande, die großen sozialen und ökologischen Krisen zu überwinden. Pax Americana ist schon passe. Überall in der Welt gibt es kleine Kriege. In vielen Ländern bricht die staatliche und soziale Ordnung zusammen. Millionen Menschen fragen nach einer Systemalternative. In Lateinamerika weht schon ein anderer Wind.

Klar, diese Chance währt nicht ewig. Das bedeutet aber nicht, dass der Kapitalismus wieder erstarren könnte. Das bedeutet aber schon, dass wir die Chance verpassen können, weil alles so sehr ins Chaos verfällt, dass wir Sozialisten dann nichts mehr organisieren können.

Was also tun?

Sowohl die PDS als auch die WASG sind so sehr ein Sammelsurium von verschiedenen Denkrichtungen und Interessen, dass sie, erst recht das Resultat ihrer Fusion, nicht mehr sein können als ein Zweckbündnis, in dem, was das Programm betrifft, nur ein vager Minimalkonsens, eine Mogelpackung, von allen akzeptiert werden kann. Da hat Michael Brie völlig recht.

Sozialisten, die (wie Pau) „inhaltliche Klarheit“ wollen, müssen sich dann neben/außerhalb der Partei organisieren. Sie sollen **direkt** den Menschen sagen, ganz klar und **ehrlich**: „Hier ist unsere Analyse der Weltlage, hier ist unsere Zukunftsvision, und hier ist unser Sofort- bzw.

mittelfristiges Programm. Wir bitten euch um Unterstützung, wenn ihr das alles richtig findet“. Im Augenblick kann man für ein solches Dokument weder im Wahlvolk noch unter den Mitgliedern der PDS + WASG eine Mehrheit finden. Aber das ist die **politische Aufgabe**, keine leichte Aufgabe. Aber opportunistische Politik wollen wir doch nicht machen. Oder?

Im Augenblick geht es um die geistig-intellektuelle Hegemonie im Sinne von Gramsci. Es geht darum, dem Kapitalismus die Legitimation zu entziehen. Millionen Menschen müssen erkennen, dass eine Lösung der Krisen und letztlich das Überleben der Menschheit nicht möglich sind, solange der Kapitalismus weiter besteht. Für die Notwendigkeit eines neu zu konzipierenden Sozialismus ist Überzeugungsarbeit zu leisten. Zuerst muss man also das Bewusstsein, den geistigen Boden, dafür vorbereiten.

Das Gerede vom kleineren Übel – Rosa-Rot oder Rosa-Rot-Grün sei das kleinere Übel als Schwarz-Rot – muss völlig ignoriert werden. Der Unterschied zwischen diesen Übeln ist so unwesentlich, dass das kleinere Übel nicht unser Engagement, sondern höchstens unseren Wahlzettel verdient. Der Gedanke, wir können nichts bewirken, wenn wir nicht ein paar Sessel im Parlament ergattern, ist Unsinn. Für Bewusstseinsbildung, die momentane Aufgabe, brauchen wir keine Parlamentsessel. Das Primat des Wahlerfolgs führt zu unwürdigen Taktierereien. Der massenhafte Eintritt von Trotzlisten in die WASG, die zweifellos Sozialisten sind, wird eher sie zu harmlosen Sozialdemokraten verwandeln als umgekehrt.

Bücherecke

Bahro ein Mystiker

Andrej Bahro

Symposiumsbeiträge zum 70. Geburtstag Rudolf Bahros als Buch erschienen

70 Jahre wäre Rudolf Bahro im vergangenen Herbst geworden. Eigentlich lieber 100 Jahre. Dann hätte er 40 Jahre mehr Zeit gefunden, unsere Lebenslage nun an den untrügerisch eskalierenden Lebenssituationen zu erklären. Er war leider nur bis zur Analyse gekommen. Bahro zeichnete zumeist eine wohlwollende Analyse ohne Anfeindungen der Gegner, die ihn von dem in diesen Tagen ebenfalls 70 Jahre alt werdenden Wolf Biermann und anderen

unterschied.

Zu seinem 70. Geburtstag trafen sich im vergangenen Herbst Wegbegleiter und Wissenschaftler, um die Frage der Integration von Natur, Kultur und Mensch in einem Symposium zu rehabilitieren. Nicht weil er das gewollt hätte, sondern weil andere es versprochen, aber nie taten - was im Falle der Partei „Die Linke“ eine erhebliche Entscheidung über ihre Ernsthaftigkeit wäre.

Dass noch heute die Frage sozialen und ökologischen Gleichklanges in einer weltwissenschaftlichen Metropole wie Berlin geklärt werden kann, verdanken wir im Kontext der Ver-

gangenheit und Zukunft des einmaligen Werkes Rudolf Bahros denen, die mehr Verantwortung zeigen, als ihre wissenschaftlichen Vorgänger zeigen durften und teilweise darum nicht wollten. Das Rudolf-Bahro-Archiv an der Berliner Humboldt-Universität in der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, philosophischen Zwecken bislang erst einmal philosophisch mystisch zugeordnet, soll nun seinen Weg in die Uni-Bibliothek finden. Eine großartige Einsicht, ein Archiv langfristiger zu unterhalten, wo doch die Fragen, die Bahro aufwarf, fast alle offen sind: wie wir die Menschen wieder zu Miteinander und gleichzeitigem Arbeiten bewegen wollen, ohne sie in Illusion oder Ausbeutung zu verderben. So bleibt mir die Freude, das mein Kinderspielplatz in den slawischen Seminarräumen meiner Mutter (in den Fällen, dass der Kindergarten mal geschlossen war) mir auch als väterliche Werkherberge für meine Kinder erhalten bleibt.

So wird dem Werk Bahros, das in jeder Gesellschaft die Beliebigkeit der Ordnung in Frage stellte, solange sie sich nicht an die Naturordnung gewöhnt, eine Zukunftschance gelassen. Auch eine Chance, nicht wie in der DDR unterdrückt zu werden, weil jeder, der das Werk kennt, im Bauch merken kann, dass Bahro Recht haben wird. Und dass er nicht Recht haben will in letzter Konsequenz, weil dann unser Szenario Menschheit tatsächlich nur noch lustlos, chancenlos und unabänderbar versinken wird. Gut also, dass an der Stätte, an der Bahro formte, auch die Backformen aufbewahrt werden.

Nun ist also ein Buch über diese Arbeit erschienen. Von Maik Hosang, seinem Schüler, und Kurt Seifert, der schon an einer Biografie über ihn mitwirkte. In diesem neuen Buch finden sich Lebensstationen und Beleuchtungen - was uns von Bahro geblieben ist. Nun bin ich kein Literaturkritiker und schon gar kein Literatur-Papst, aber ich kann aussagen, dass mir ein nicht wirklich benörgelbares Sachbuch ausgehändigt worden ist, das in seiner Ausgewogenheit der Themen alle wichtigen Fragen angeht. Es verurteilt den gültigen Lebenswandel nicht in erster Linie, sondern betrachtet die Dinge.

Mit liebevollem Blick auf das Werk beschäftigen sich die Autoren mit Rudolf Bahro und offenbar auch ganz persönlich mit „ihrem“ Werk. Mal nicht vor der Utopie vergreisend und erschüttert gelähmt, sondern optimistisch auf Wahrhaftigkeit untersuchend. Natürlich mit einem Rest an Mystik, von dem ich mich auch nicht befreien kann, weil Mystik im Werk Bahros mit angelegt ist.

Ich will hier zwei Beiträge herausheben, die Bahro als prüfenden, testenden, fürsorglichen,

naiven Menschen fokussieren. Friedrich W. Sixel, ein in Kanada lebender deutscher Zivilisationsforscher, klärt die Frage, ob Bahro ein Mystiker war. Der Vorwurf, der vielen Intellektuellen half, sich vom Werk fernzuhalten: der ist dort geklärt. Und richtig geklärt. Bahro erkannt als einer, der nicht nur „meinte“, sondern probierte, wo Lösungen verborgen sind. Eine Art Chemielabor. Auch einer der Gründe, warum er zu Tausenden sprach, die ihn auch ausbuhnen durften. Der Professor, 1934 geboren und weise, kommt wahrheitsgenau zum Schluss: „Mystischer Nichtmystiker bleibt Nichtmystischer“.

Und wie ich nun einmal so bin, habe ich den Anhang zuerst gelesen. Der Anhang ist der persönliche Teil seines Anwalts und politischen Schalkkollegen Gregor Gysi, der sich überraschend als ein Bewundernder outet und Bahro als das „Belesenste und Gebildetste“ outet, „was er je hat Rüben kauen sehen“. Dieser immer unaufdringlich fürsorglich als Anwalt für ihn zeitlebens sorgende Spezialist schreibt, wie Bahro und Gysi einander mochten, aber nicht immer verstanden bei gegenseitigem Verstehen. Gregor Gysi, der das Werk Rudolf Bahros verteidigte und sich dabei Fragen über seinen Rübenkonsum und seine Mobilität stellen sollte, wo er eigentlich schon mit Bahros politischer Widerspenstigkeit die eigene Karriere arg verderben konnte. Gysi schreibt eine herrliche Geschichte einer Haftbetreuung, über die ich mich noch tagelang vor Lachen nicht halten konnte. Und die, so ich beide gut kenne, in Kürze, Würze und Dramaturgie nach Jahren immer noch detailliert und auf Wahrheit basierender Trostlosigkeit belegt, wie man politische Meinungen nicht teilen, so doch tragen muss, wenn das Ziel eint und der Weg nur zusammen bestanden werden kann. Und das so, dass es von keinem Komiker der Welt übertroffen werden könnte. Ich entdecke da immer die wahre Kultur, wenn ich diese beiden Herren hantieren sehe oder, wie in diesem Falle, lese. Zusammengefasst? Ein wissenschaftlich orientiertes Werk, das die esoterische Vorwurfshaltung verlässt, um den zweifelsfrei ernsthaftesten allparteilichen, systemunangeschlossenen und konfessionsfreien Gesellschaftskritiker und Lösungsoptimisten in dem zu beleuchten, was er war: Einer, der für die Wahrheit, die er selber nicht mochte, mahnte und sich dafür lieber sehenden Auges jahrelang bis tief in die Nacht für die Freiheit aller Menschen ins politische Gefängnis schrieb, um die Wissenschaft der Zukunft aus dem diffusen Ahnen in ein erklärbares Bild zu rücken. Während er schon politisch als Zeitungsredakteur des „Forums“ verbannt in ein „Gummikombinat“ als Ökonom der Volkswirtschaft auf die Beine half und seine

Familie damit ernährte.

Man muss allerdings etwas für diese Verantwortungskunst übrig haben, um sie nicht nur zu verstehen, sondern an der Klarheit der damit feststehenden Zukunft nicht zu verbittern. Sozusagen sich täglich zweimal aus dem Bett aufrichten. Einmal für das Leben, in dem nichts weitergehen wird, und einmal dafür, dass man dagegen etwas unternehmen sollte. Was einem vor dem Bett erwartet, ist an Bahro ja belegt. Er verzweifelte nicht; warum sollten wir es tun? Wir könnten uns sofort aufmachen, keine Zeit verschwenden. Könnten praktische Experimente starten und, statt uns nur mit Kritik zu befassen, die Auswege suchen. Also um es der „Linken“ klar zu sagen: „Was werdet ihr in Zukunft besser machen?“ Nach Bahros Ansicht hilft da immer, ganz viel erst in der Theorie, dann in einer erlebbaren Praxis und danach auch in einer emotionalen Hinsicht Gas zu geben.

Erkennbar wird, dass der Anshub, den Bahros Werke gaben, nicht eine breite, sondern eine wissende Basis in diesem Buch gefunden hat. Wenn eine neue Basis es nun noch schafft, Bahro - wie er immer sagte - „auf unser kleines Häuschen“ zu übertragen, und die Wirtschaft erkennt, dass wir schon alles haben, was wir nicht brauchen, dann könnte alles noch gut werden. Aber Wirtschaft ist ja das Diktat, das so wichtig für uns ist, dass ihm alles unterzuordnen ist. Das hat die DDR so gesehen, und ich weiß nicht, ob es an Frau Merkel aus der DDR liegt, aber - die Bundesrepublik sieht es auch gerade so.

Das alles jedenfalls habe ich auch aus diesem einmal weniger verklärten, sondern inhaltlichen Buch geschlossen, als ich es von hinten über die Mitte nach hinten durch und dann den Rest von „vorn“ zur Mitte gelesen hatte. So dachte Rudolf Bahro im Ganzen aus der Sicht derer, die damit befasst sind, ihm den Dank nicht zu versagen. Wer das macht, kann sich Illusionen sparen und die gewonnene Zeit erst in Reflexion, dann in Selbstbegrenzung und dann in Umsetzung für alle verwenden. Wenn man für „alle“ etwas übrig haben will. Das heißt, wenn man auch noch den politischen oder kulturellen Scheingegner nicht verbannen oder vernichten, sondern mitnehmen will in eine gemeinsame und gemeine Zukunft.

In diesem Buch geht es um die Suche nach einem kreativen und zukunftsfähigen Lebensstil, den wir möglichst bald umsetzen sollten. Einen, der noch restaurierbare Grundmauern kennt und nicht in wenigen Jahren in Bildungsnotständen verschüttet ist. Einen Lebensstil, der um kollektive Rücksicht gegenüber dem Naturzusammenhang bemüht ist. Das Buch: Eine Rehabilitation von Rudolf Bahro vor dem

Hintergrund der Erkenntnisse bis zum Jahr 2005. Dessen Brisanz lässt sich immer mehr durch die Meldungen zur Klimalage und der Frage, ob die Dritte Welt unseren 100 Jahre alten CO₂-Ausstoss mitbezahlen soll, nun auch langsam wirtschaftspolitisch überhaupt nicht mehr verklärt betrachten. Das Inferno Mensch ist zügelloser als je zuvor. Spritsparende Autos und Passivhäuser haben marginale Wirkung, wenn immer mehr Autos weltweit in Verkehr kommen und Menschen mehr Quadratmeter zum Wohnen in Beschlag nehmen. Bundeskanzler werden globalunternehmerische Berater und fangen bei russischen Gaswerksmonopolisten als Aufsicht an. Bahro behält nicht nur Recht. Er bekommt es regelrecht dicke. Und endlich kommt ein Minister auf die Idee, die sparsamsten Geräte zum Standard zu machen. Das könnte eine grüne Idee sein, wie auf der Titanic noch besser geputzt werden könnte. Keiner kommt auf die Idee, die Technik an das Lebensmodell anzupassen. Also Zirkel mit soziologisch, technischem und politischen Hintergrund zu gründen, in denen sozialökologisch praktisch losgelegt wird. Und dies bevor das Vertriebsdiktat der Konzerne uns wieder vorschreibt, wie unsere Produkte aussehen dürfen und alle Patente aufgekauft und ihre akkumulative Wirtschaftlichkeit; sachzwangsvorschubleistend, uns weitere 20 Jahre wertvolle Zeit kostet für ein verlorenes industriekapitalistisches Modell. Gut nur, dass der größte Anbieter von Klimaanlage in China begriffen hat, was chinesische Industrieabgase nun unserem Jahrhundert nachblasen wollen. Der ist ernsthaft Umweltfreund, nachdem sein Umsatz gesichert und getätigt ist. Also auch im Osten nichts Neues. Der Osten erglüht und China wird jung. Manchmal sollte man lieber auf die Alten hören.

Wenn man also nur noch einen konkreten Grund braucht, um sich der Zukunft zuzuwenden und alles überflüssige Handeln zugunsten einfachen Lebens aufgeben will, dann liest man dieses Buch.

Gut also, dass in der Humboldt-Universität zu Berlin Menschen wirken, die wissen, dass Bahro sein Leben und seine gesamte Zeit opferte, um uns etwas zu sagen, was wir bald begreifen müssen. Und dass die Wissenschaft sich vorbereitet auf unsere dann zu spät und hektisch oberflächlich gestellten Fragen nach der „Logik der Rettung“. Wusste Bahro, dass er nicht viel Zeit haben würde, und uns sein ganzes Leben schenkte, um uns vorwärts zu bringen? Ein Werk, das drei bis vier Wissenschaftler benötigt, um es irgendwie zu fassen, eher festzuhalten, bevor die kurze Zeit der Zeugen des Werkes vergeht? Ein Werk, das überwiegend mit einem Reisekofferplatten-

spieler und einer Reiseschreibmaschine und einer Reparaturersatzschreibmaschine im Osten entstand? Sozusagen atomstromfrei bis auf die Schreibtischlampe, die Rudolf Bahro, Beethoven an der Wand und einen kecken kubanischen Freiheitskämpfer beleuchtete, dessen Schalk, Naivität, Liebe, Mut und Wahrhaftigkeit Bahro prägten.

Franz Alt: Rigoros ökologisch Umsteuern für den Klimaschutz

Marko Ferst

Schon Anfang der neunziger Jahre plädierte Franz Alt in seinen Büchern und Filmdokumentationen für die Perspektive einer vollständigen solare Energiewende. Hätte damals jemand prognostiziert, dass in Deutschland Ende 2006 knapp 12 % der Stromversorgung bereits auf erneuerbaren Energien beruhen, viele hätten das als Phantasterei abgetan. Das deutsche Gesetz zu den erneuerbaren Energien, das diese Entwicklung befördert hat, fand weltweit in 30 Ländern Nachahmer, darunter auch China.

So gibt sich Alt auch in seinem neuen Buch optimistisch: Bis 2020 könnten wir hierzulande bereits 35 % des Stroms aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse gewinnen. Bei den jetzigen Zuwachsraten der Erneuerbaren ist das Ziel der Bundesregierung, 20 % Stromerzeugung des Stroms bis 2020 zu erreichen, bereits 2012 überschritten. Völlig zu Recht mahnt Alt, wir müssen den Abschied von den fossilen und atomaren Quellen erheblich beschleunigen. Dies ist global zu bewerkstelligen, bevor unzählige Millionen Menschen Opfer von irreparablen Klimawirren werden. Immer deutlicher tritt hervor, unsere Zivilisation nimmt in voller Geschwindigkeit Kurs auf den eigenen Untergang. Wird nicht rigoros umgesteuert und damit aufgehört, jedes noch denkbare Rettungsboot im „Antriebskessel“ unserer Titanic zu verfeuern, wird kaum etwas übrig bleiben von dem, was Menschenhand einst erbaut hat. Auch das ist Franz Alt völlig klar.

Vielleicht schaffen noch einige versprengte Reste der Menschheit in fruchtbaren Teilen der heutigen Permafrostregionen oder ackerbaufähigen Hochebenen zu überleben. Vermutlich kommt es aber zu ganzen Völkerwanderungen auf die letzten Refugien und somit auch zur Übernutzung dieser Gebiete. James Lovelock lenkt zu Recht die Aufmerksamkeit darauf, dass es sinnvoll ist, Schritt für Schritt die einzelnen Nationen auf regionale Wirtschaftskreisläufe vorzubereiten. Die ökonomi-

Maik Hosang; Kurt Seifert (Hrsg.): Integration. Natur-Kultur-Mensch. Sozialökologische Innovationen für eine zukunftsfähige Lebensweise. - oekom Verlag, München. – ISBN 3-86581-051-9, 24,80 €

sche Globalisierung des Warenhandels wird im Zuge des Klimaumbruchs wegen ökologisch unbezahlbarer Transportwege bald Geschichte sein.

Die solare Energiewende ist auch aus anderem Grund zu beschleunigen. Franz Alt führt die Daten der Internationalen Energieagentur in Paris an: in 30 bis 40 Jahren ist das Öl aufgebraucht, in 45 Jahren Erdgas und in 50 Jahren das Uran zum Betreiben der AKW. Dabei ist zu berücksichtigen, schon bald dürfte mehr Öl nachgefragt werden, als gefördert werden kann. Der Ölexperte Matthew Simmons warnt - schon in wenigen Jahren könnte der Rohölpreis um den Faktor drei bis vier steigen. Dabei ist zu bedenken, auf Öl und Gas basieren rund 56 % des weltweiten Verbrauchs an Primärenergie.

Eine Absage erteilt Alt verlängerten Laufzeiten bei Atomkraftwerken und dies völlig zu recht. Bei einem Atomunfall in Deutschland müssten fünf bis sechs Bundesländer weitgehend ent siedelt werden, wollte man die traurigen Fehler nach dem Tschernobylunglück dann hierzulande nicht wiederholen. Sieben Minuten fehlten 2006 im schwedischen AKW Forsmark, und wir hätten Ostseefisch nur noch mit Cäsiumeinlage bekommen.

Franz Alt widmet sich in seinem Buch „Zukunft Erde“ auch vielen anderen Aspekten ökologischen Umsteuerns. Eine belgische Studie belegt: Rund 10 % aller Krebsarten gehen auf das Konto von Pestizideinsatz in der Landwirtschaft. Artgerechte Haltung von Tieren mit Stroheinstreu und Tageslicht muss selbstverständlich werden. Barbarische Tierversuche sind zu verbieten. Die Bevölkerung lehnt gentechnisch manipulierte Lebensmittel ab. Ihr Einsatz macht mittelfristig ökologische Landwirtschaft unmöglich. Alt erinnert an eine seiner „ARD-Report-Sendungen“ von vor 20 Jahren. Schon damals führte eine hochgepriesene Rapsorte, die genetisch verändert war, zu toten Hasen und blinden Rehen, weil der Pflanze bestimmte Bitterstoffe fehlten. Auch heute sucht man Langzeitstudien verge-

bens. Der Autor drückt es deutlich aus: Das ist, als ob man bei dichtem Nebel mit 220 über die Autobahn prescht.

Franz Alt führt aus, ökologische Effizienz, eine Dematerialisierung unserer gesamten Stoffverbräuche, wird das entscheidende Kriterium einer modernen Wirtschaft sein. Der Staat kann nicht 65 % seines Einkommens durch Steuern auf Arbeit beziehen und nur 5 % auf Energie. Eine solche Politik muss zu massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen führen und überdies auch zu Arbeitshetze und Überbelastung der arbeitenden Menschen mit unzähligen Überstunden. Besonders schwierig scheint hierzulande die Verkehrswende zu sein. In Tokio nutzen 90 % öffentliche Verkehrsmittel, die Niederlande wollen bis 2010, dass 70 % aller Wege per Fahrrad erfolgen, und die Schweiz hat ein vorbildliches Bahnsystem. Warum ist Deutschland vom Autowahn befallen? Speziell in Ostdeutschland wird eine Bahnstrecke nach der anderen stillgelegt. Die schwarz-rote Koalition im Bund beschloss, die Mittel für den öffentlichen Nahverkehr um zwei Milliarden Euro bis 2009 zu kürzen. So kann unsere Mobilität ganz gewiss nicht ökologischer

ganz gewiss nicht ökologischer werden, zumal Bahn und Politik offensichtlich unter Börsenfieber leiden und bezahlbare Tickets keine Rolle mehr spielen.

Die Signale müssen endlich auf Grün gestellt werden für eine Zukunftswende. Die Zeit läuft ab. Längst ist zu berücksichtigen, wie wir den Auswirkungen des Klimawandels in Forst- und Landwirtschaft, beim Küstenschutz und bei Murengängen in den Alpen begegnen. Diesen Fragen muss sich die künftige ökologische Literatur mehr annehmen, als es etwa Alt in seinem Buch berücksichtigt. Niemand glaube, man könne sich erlauben, die Temperatur um zwei Grad global durch die Treibhausgase zu erhöhen. Spätestens dann beginnt der Klimasturz mit vielen unvorhersehbaren Effekten. Das wird nicht nur eine schwere Weltwirtschaftskrise und zusammengebrochene Währungen bedeuten.

Franz Alt: Zukunft Erde. Wie wollen wir morgen leben und arbeiten? - Aufbau-Verlag, 253 S., 8,95 €

Von der Tragödie am Aralsee

Marko Ferst

Abdishamil Nurpeissows Roman berichtet vom Schicksal seines Volkes

Einst liefen die Boote der Schiffer Tag und Nacht mit ihren Trawlern aus, um frischen Fang mit ihren Netzen im Aralsee einzuholen. Der See galt als Anlaufpunkt für Kurgäste, und Ferienlager beherbergten unzählige Kinder. Der Autor und kasachische PEN-Präsident Abdishamil Nurpeissow, geboren am Aralsee, stammt aus einer Fischerfamilie. Doch seit den 60er Jahren schwindet der See unaufhörlich. Meter um Meter sinkt der Wasserspiegel, legt Fischerboote auf trockenen Grund. Heute sind vom einst viertgrößten See der Welt nur noch zwei kleine Salzlachen übrig. Die beiden Zuflüsse Amudaria und Syrdaria liefern an ihrem Lauf Wasser für Baumwollplantagen und speisen ihn nicht mehr.

Nurpeissow beeindruckt durch seine lebendigen und authentischen Romanfiguren. Ja, so dürfte es den Fischern am Aralsee ergangen sein, als die Fänge immer häufiger ausblieben. Jadiger als Vorsitzender einer Fischereigenossenschaft riskiert alles, um seinen Leuten noch einen guten Fang zu verschaffen. Risikoreich überquert er mit seinem LKW das noch frische Eis des Flusses, damit sie den Fischen folgen können. Er fährt nicht zur Familie zurück, son-

dern hilft vor Ort. Wochenlang kommt er nicht nach Hause und zieht sich damit den Unwillen seiner Frau Bakizat zu. Es kommt zum Streit zwischen Ihnen und seine Frau verlässt ihn für Azim, einen Jugendfreund aus gemeinsamen Studienzeiten.

Eben jener ist Institutsdirektor geworden und verkündet, wenn der See ausgetrocknet ist, könnte man reiche landwirtschaftliche Ernte auf seinem Grund einfahren. Über nicht vorhandene große Grundwasserreserven wird phantasiert. Azim ist hoch angesehen in der Nomenklatur und sorgt dafür, dass Kritiker seiner Pläne an den Rand gedrängt werden. Später verliert er jedoch seinen Posten und die damit verbundenen Privilegien.

Nurpeissow zeigt erbarmungslos die organisierte Verantwortungslosigkeit, wie eine sinnvolle wissenschaftliche Bestandsaufnahme durch Karrieristen unterlaufen wird. Das durch die Steppe wehende Salz des fast ausgetrockneten Sees zerstört vielerorts die Gesundheit und schmälert auf große Distanzen landwirtschaftliche Erträge. All dies bleibt in Azims Institut ausgeblendet. Dieses ökologische Desaster in Mittelasien erscheint dem Autor wie ein Vorspiel der großen Katastrophe, die auf uns zukommt, etwa wenn man die Klimagefahren oder das Bevölkerungswachstum nimmt. Der Roman wird zu einer unbarmherzigen Ab-

rechnung mit Fortschrittsglauben aller Couleur. Reflektiert werden in diesem Kontext auch die Folgen der Atombombentests für die Bevölkerung in Kasachstan.

Bedrückend, als im heimatlichen Ail am Aralsee an einem Tag 25 Familien ihre Häuser verlassen und ihre Habe auf Lastwagen abtransportieren. Ein Abschied für immer. Armut und fehlende Arbeitsmöglichkeiten ließen keine andere Wahl. Nurpeissow versteht es meisterhaft aus der Ich-Perspektive der erinnernden Hauptpersonen das gesellschaftliche Ganze zu umreißen. Alles entsteht aus den Erinnerungen der Hauptpersonen heraus. Die Romanhandlung dauert nur einen Tag und eine Nacht, in denen an den Beteiligten das ganze Leben und die Sorgen und das Schicksal des Volkes vorbei ziehen.

Der einohrige Intrigant Sary Schaja will Jadiger davon überzeugen, dass er seine Ehre verteidigen soll. Doch er kümmert sich nicht darum, sondern flieht auf das Eis des Aralsees und denkt darüber nach, was ihn in diese aussichtslose Lage geführt hat. Bakizat und Azim kommen dazu, als sie ihn dort bei der Abreise erkennen. Doch eine riesenhafte Eisfläche bricht ab und alle stehen plötzlich auf ihr, ab-

geschnitten vom Land. Es wird Nacht, auch einen zerzausten Wolf mit rotglühenden Augen hat es auf die Eisinsel verschlagen. Nun beginnt ein elementares Ringen mit der Kräfte der Natur. Jadiger verletzt sich. Wie wird der Kampf ausgehen, gibt es eine Rettung?

Vergleicht man Abdishamil Nurpeissows Werk mit Aitmatows „Richtstatt“ oder „Der Tag zieht den Jahrhundertweg“, so schreibt er ähnlich spannend und streng durchkomponiert mit imposanten Naturbildern. Ohne Bedenken würde ich mich der Bewertung des Slawisten Leonhard Kossuth anschließen, hier liegt ein Stück Weltliteratur aus Kasachstan vor. Das eine erste frühere Fassung den Moskauer Zensoren nicht gefallen hat, lässt sich gut vorstellen. Der kasachische Verleger schmuggelte deshalb den Text unbenannt in die Nachauflage einer früheren Romantrilogie des Autors. Über viele Jahre erweiterte und bearbeitete Nurpeissow sein Werk zum Aralsee, das nun zwei Teile umfaßt.

Abdishamil Nurpeissow: Der sterbende See. Roman. - Dageyli Verlag (Kasachische Bibliothek) 2006, 520 S., 29,90 €

Weitere Buchempfehlungen

Zusammenstellung von Marko Ferst

Tschernobyl - Vermächtnis und Verpflichtung. Themenheft Osteuropa (4/2006)

Ein sehr informativer Band mit aktuellen Beiträgen zur Situation 20 Jahre nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl. Behandelt wird die spezifische Situation in Rußland und anderen Nachfolgestaaten, welche medizinischen und sozialen Probleme resultieren. Auch wird auf Entwicklungen der Atomwirtschaft in weltweitem Maßstab eingegangen. Aufgezeigt werden die akuten Repressionen gegen Akteure, die in Weißrußland die schwerwiegenden medizinischen Folgen thematisieren. Beiträge von Lutz Mez, Vasilij Nesterenko, Sebastian Pflugbeil, Alla Jaroshinskaja u. v. a.

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde 2006, 272 S., 15 €

Info: <http://osteuropa.dgo-online.org/240.0.html>

Gerd Rosenkranz (Hrsg.)

Mythos Atomkraft. Ein Wegweiser

Die Atomenergie ist wieder in der Diskussion. Der Energiehunger aufstrebender Industriestaaten, steigende Ölpreise, die Abhängigkeit vom russischem Erdgas und der galoppierende Klimawandel werden zu ihren Gunsten ins

Feld geführt. Doch der Anteil des Atomstroms am gesamten Energieverbrauch ist weltweit rückläufig, und es gibt weiterhin keine sichere Endlagerstätte. Darüber hinaus bietet die Atomenergie mit ihren hochgefährlichen Anlagen einen zusätzlichen Angriffspunkt für terroristische Attacken.

Heinrich-Böll-Stiftung 2006, 6 €

Info: www.boell.de - kurze Zusammenfassung auch als Broschüre

Edeltraut Felfe; Erwin Kischel; Peter Kroh u. v. a.: Warum? Für Wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung

Schweriner Landtagsabgeordnete, Wissenschaftler, zumeist Mitglieder der Linkspartei in politischer Verantwortung, Kollegen aus der Gewerkschaft und von der SPD-Linken in Mecklenburg-Vorpommern analysieren, berichten, kritisieren, verteidigen, antworten, wägen Erreichtes, markieren Grenzen zum Gewünschten und befragen die Geschichte. Ein Seitenblick auf „Lehrjahre in Sachsen-Anhalt“ und auf kein „Meisterstück in Bonn“, aber Vorübungen in Berlin, vervollständigt die recht unterschiedlichen Perspektiven der Autoren.

Regierungsteilhabe verkommt zum Dogma, wenn eine sozialistische Partei immer weniger nach Bedingungen und Voraussetzungen für erfolgreiches Mitregieren im Interesse „derer da unten“ fragt. Das bisherige Kräfteverhältnis lässt einen Politikwechsel oder sozialistische Transformationsprojekte per Regierungsteilhabe in Bundesländern nicht zu, so ein Fazit. Dokumente aus der Partei vermitteln die Sorge, dass wir „vielleicht irgendwann so etabliert sind, dass wir nicht mehr gebraucht werden ...“ Untersuchungen zu diversen Politikfeldern zeigen detailliert Fortschritte und Misserfolge. Enthalten ist auch ein Beitrag von Marko Ferst zu den Stärken und Schwachstellen der Umweltpolitik in Mecklenburg-Vorpommern seit 1998.

GNN Verlag, RLS 2005, 352 S., 15 €
Leseproben: www.umweltdebatte.de

Wolfgang Sachs u. a.: Fair Future - Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit

Ölkrise, Wasserkonflikte, schwindende Ernährungssicherheit - die Botschaften von knappen Ressourcen häufen sich. Und dies in einer Welt mit wachsender Bevölkerung, zahllosen Armen und stolzen Nationen, die auch ihren Platz an der Sonne fordern. Ihr Recht auf Entwicklung kann man im Zeitalter der Globalisierung nicht bestreiten - und dennoch ist bereits jetzt die Biosphäre überfordert. Die Inder wollen Straßen und die Chinesen mehr Öl: Der Kampf um die knappe Natur wird die Krisen des 21. Jahrhunderts mitbestimmen. Ressourcenkonflikte, große und kleine, sind oft der unsichtbare Faktor hinter Chaos und Gewalt. Wo jedoch der Kuchen immer kleiner, der Hunger immer größer und die Gäste immer zahlreicher werden, da ist es höchste Zeit, nach Wegen einer gerechteren Verteilung von Ressourcen zu suchen. Dieses Buch, verfasst von Fachleuten des international renommierten Wuppertal

Instituts, liefert eine Analyse der Konfliktlagen. Es entwirft überdies Perspektiven einer Politik der Ressourcengerechtigkeit und umreißt die Konturen einer globalen Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

C. H. Beck 2005, 278 S., 19,90 €

Günter Altner; Heike Leitschuh-Fecht; Gerd Michelsen; Udo E. Simonis; Ernst U. von Weizsäcker (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 2007

Das – in diesem Jahr zum sechzehnten Mal erschienene – „Jahrbuch Ökologie“ zielt darauf ab, über die ökologische Situation und die Belastungstrends in den verschiedenen Bereichen der natürlichen Umwelt zu informieren, zur kritischen Auseinandersetzung mit der staatlichen und internationalen Umweltpolitik beizutragen und zukunftsfähige Alternativen im Umgang des Menschen mit der Natur aufzuzeigen. Dazu werden ökologische Perspektiven entwickelt, ein Disput zu umweltpolitischen Grundsatzfragen präsentiert, bedeutsame umweltrelevante Initiativen dokumentiert und positive Alltagserfahrungen im Umgang mit der Natur vorgestellt.

C. H. Beck 2006, 288 S., 14,90 €

Dirk C. Fleck: GO! Die Ökodiktatur

Ein radikal zu Ende gedachtes Zukunftsszenario, das man nach heutigem Wissenstand nicht unter „Science fiction“ ablegen kann. Dieser Roman erhält leider immer mehr bedrohliche Aktualität, je weiter die Zeit fortschreiten wird. Flecks Vision ist plastisch, weil bereits unsere Kinder Bürger des von ihm skizzierten Staats sein könnten. Man braucht wenig Phantasie, um sich vorzustellen, dass seine Überlegungen mehr Prognose als Fiktion sind. Jetzt ist der Roman wieder verlegt worden mit erweitertem Anhang.

BoD 2006, 328 S., 20 €

Termine

Umweltkonferenz

29.09.2007 Cottbus

Organisation: AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Brandenburg

Ökologiekonferenz „Energie und Arbeit“

Herbst 2007 Hamburg (genauer Termin steht noch nicht fest)

Organisation: Parteivorstand

Konferenz „Wie grün darf die LINKE sein?“

12.05.2007, 11.00–17.15 Uhr Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Organisation: Bundestagsfraktion DIE LINKE und Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit dem Bildungsnetzwerk Wissenstransfer und der Redaktion der Zeitschrift Sozialismus

Sommerschule Rosa-Luxemburg-Stiftung „Was sie schon immer über den Klimawandel wissen wollten“

8.-10. Juni 2007 Solarzentrum Mecklenburg-Vorpommern, Wietow

Anmeldung: Tel. 030/44310-0

Impressum

Hrsg.: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de

Die „Tarantel“ ist über www.pds-online.de verfügbar. Einige ältere Ausgaben sind auch unter www.oekologische-plattform.de abrufbar. Ältere Papierausgaben der „Tarantel“ können, soweit vorhanden, bestellt werden (Bundesebene).

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform

Kontaktadressen

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de, www.oekologische-plattform.de, Manfred Wolf, Tel. 030/2411127, manfredwolfberlin@web.de

BAG Umwelt, Energie, Verkehr

Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Wahlkreisbüro 18107 Rostock, Warnowallee 31b, Tel. 0381/7601756, Fax 7601832, wbk-wolfgang.methling@t-online.de, w.methling@linkspartei.pds.landtag-mv.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Tel. 030/22772485, Fax 030/222776485

eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de

Lutz Heilmann, MdB, Tel. 030/22770788, Fax 030/22776788, lutz.heilmann.ma01@bundestag.de
Hans-Kurt Hill, MdB, energiepolitischer Sprecher Linkspartei.PDS, Tel. 030/22772478, Fax 030/22776476, hans-kurt.hill@bundestag.de

Berlin

Delia Hinz, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030/23252550, Fax 030/23252515,

hinz@linksfraktion-berlin.de, deliahinz@gmx.de

Marion Platta, MdA, umweltpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030/23252550 Fax 030/23252515, platta@linksfraktion-berlin.de

Roland Schnell, Kieler Str. 3, 10115 Berlin, Tel.

030/39889981, schnell@fnbb.org

Brandenburg

Dr. Annemarie Kersten, Kiezstr. 35a, 14547 Wittbrietzen, Tel./Fax 033204/34842,

annemariekersten@web.de

Karin Lück, Französische Str.5a, 15374 Münchenberg, Tel. 033432/70036, karinlueck@yahoo.de

Dr. Dagmar Enkelmann, MdB, BürgerInnenbüro Brauerstr. 8-10, 16321 Bernau, Tel. 03338/459543, wkb-d.enkelmann@t-online.de

Carolin Steinmetzer, MdL, umweltpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, csteinmetzer@aol.com

Interessengemeinschaft Dritter Weg, Haus der Volkssolidarität, Wehrstr., 01968 Senftenberg, Tel. 03573/80234, Fax 80230

Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/503660, Fax 503659, P.Ligner@t-online.de (Lokale Agenda 21, Berlin/Brandenburg, Runder Tisch Nachhaltiges Berlin/Brandenburg)

Erika Schulz, Dorfkern 5c, 16766 Kremmen, Tel. 033051/25709, erika-schulz@t-online.de

Marko Ferst, Köpenicker Str. 11, 15537 Gosen, Tel. 03362/882986, marko@ferst.de (Mitglied im Koordinierungsrat der ÖPF), www.umweltdebatte.de

Peter Engert, (Sprecher der AG Umwelt der Links-

partei.PDS Brandenburg), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde, Tel. 03361/344351

Christian Rehmer (Sprecher der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Brandenburg, AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim), Tel: 03334-387628, Christian.Rehmer@web.de, www.dielinke-eberswalde.de

Hamburg

Joachim Täubler, Budapester Str. 31, 20359 Hamburg, sand-hh@web.de (SAND-Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg), www.nadir.org/sand

Hessen

Ökologische Plattform Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg Tel. 06421/163873, Hajo.Zeller@web.de

Claudia Fittkow, Im Flätich 3, 34132 Kassel, Tel. 0561/9402573. ClaudiaFittkow@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schwebs, MdL, umwelt-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Lennestr.1,19053 Schwerin, Tel. 038203/63519, PDS.Landtag-MV.de

Uwe Kretzschmar, Platanenstr. 38, 17033 Neubrandenburg, Tel. 0395/3680179, u_kretzschmar@nbnet.de

Niedersachsen

Heinz Preuß, Spittastr. 32, 31787 Hameln, Tel. 05151-40981

Nordrhein-Westfalen

AG Umwelt- und Energiepolitik in der WASG-Dortmund, Wahlkreisbüro: Münsterstrasse 141, 44145 Dortmund, Tel: 0231-4759196, Ansprechpartner: Utz Kowalewski (Kreissprecher), wasg_kowalewski@yahoo.de

Sachsen

ADELE - ökologische Plattform Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, an-sa-kunze@t-online.de

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341/9424882, Micha.lauter@web.de

Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, drnatke@web.de

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Hall, Tel. 0345/29418-63, Fax-64

Thüringen

Tilo Kummer, MdL, umweltpolitischer Sprecher Linkspartei.PDS, Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361/3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de

Dr. Johanna-Scheringer-Wright, MdL, agrarpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361/3772604, 0151/11723000, johanna@scheringer.de

E-Mail für kurzfristige Informationen

Umweltverteiler der Linkspartei.PDS, Ökologische Plattform und BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Aufnahme über marko@ferst.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland) Alt Stralau 1-2, D-10245 Berlin, Tel. 030-29390793, Fax 030-29390-600, s.schmidt@nd-online.de

Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030/44339147

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)